

„Deutschland war einst als das Volk der Dichter und Denker berücht, heute könnte man es beinahe als das Volk der Richter und Henker bezeichnen, wenn all die Drohungen nationalsozialistischer Koryphäen ausgeführt werden könnten. Der Begriff des „Käfigerollens“ war früher im politischen Leben einer reifen Nation unbekannt, gleichfalls die romantischen Gruselphantasien wie „die Nacht der langen Messer“ usw.“

Wes, wie die Nazis, in verhältnismäßig kurzer Zeit, eine in der Geschichte der Menschheit beispiellose Kulturleistung wie die Deutschlands, an den Rand der Abgrund bringen kann, eine solche Bewegung muß – wenn sie nicht vollkommen verwirrt gewesen worden sind – von den Verantwortlichen abgelehnt werden.“

Heinz Lippmann,
Der Beginn der Barbarei
in Deutschland.
Eine Antwort an Josef Goebbels.
In: Das Echo der Woche, Hamburg
31.7.1932.



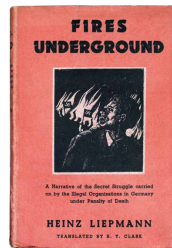
Heinz Liepmann
Das Vaterland
Ein Tatsachen-Roman
aus dem heutigen
Deutschland
Titelgestaltung
Paul L. Urban
Anst.-Nr.: P 19. 333
KAMPEN & ZOOHN u. V.
1933, 295 S., gebroch.
195,- = 134,-



Heinz Diezmann:
Mordet - Made in Germany.
Translated by Emile Burns.
Titelgestaltung: Ego Paris.
New York und London:
HARPER & BROTHERS 1134,
258 S., gebunden,
210 x 160 mm.



Heinz Liegmann:
... wird mit dem Tode
bestraft.
Schutzumschlag:
Harry Rath.
Zürich: Europa-Verlag
1935. 248 S., gebunden,
304 v. 131 mm.



Reitz Liegmann:
Ries Undergrund.
A Narrative of the
Secret Struggle Carried
on by the Illegal Orga-
nizations in Germany
under Peril of
Death. Translated by
B.T. Clark

London, Bombay,
Sydney: GEORGE
& HOBART &
COMPANY 1936.
288 S., gebunden,
211 x 145 mm.
Druck: PICTAM
PRESS, BATH.

„Dies Undergrund“
liefert die Übersetzung
von Reitz Liegmanns
„...und dem Tode
besetzt“.

Heinz Liepman

HEINZ LIEPMAN

Auf der Spur vergessener Literatur: Werke des von den Nazis verfehmten Exil-Schriftstellers
Heinz Liepmann im Ausstellungskatalog von Wilfried Weinke

Quelle: Uwe Franzen/Wilfried Weinke, „Wo man Bücher verbrennt ...“, S. 236/237

REZENSIONEN

Überfällige Wirtschaftsgeschichte

Mit seiner Arbeit *Hirschfeld, Asch und Blumenthal...* widmet sich Albrecht Schreiber dem Schicksal jüdischer Kaufleute, Mediziner und Juristen aus Lübeck in den Jahren 1920 bis 1938 und damit einem Thema, das von der bisherigen Forschung in Schleswig-Holstein nur am Rande berührt wurde. „Eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Gesamtbedeutung des jüdischen Wirtschaftslebens in der Hansestadt soll und kann das nicht ersetzen“ (S. 13), bemerkt Schreiber selbstkritisch und legt dennoch eine Arbeit vor, die detailliert und akribisch nicht nur den Lebensweg zahlreicher in Lübeck ansässiger Juden in der Zeit der Weimarer Republik und des „Dritten Reichs“ biografisch nachzeichnet, sondern darüber hinaus Aufschluss über deren soziale Ausgrenzung und finanzielle Ausbeutung während der NS-Herrschaft, aber auch deren Kampf um „Wiedergutmachung“ in der unmittelbaren Nachkriegszeit und der frühen Bundesrepublik gibt.

Thematisch ordnet sich die Arbeit Schreibers in die Forschung zur „Arisierung“ und „Wiedergutmachung“ ein. Dabei entspricht es der Geschichtsschreibung der vergangenen Jahre, die beiden Berei-



Albrecht Schreiber, *Hirschfeld, Asch und Blumenthal ... Jüdische Firmen und jüdisches Wirtschaftsleben in Lübeck 1920–1938. Blüte, Enteignung, „Wiedergutmachung“*. Lübeck: Verlag Schmidt-Römhild 2015. 351 S. mit zahlr. Abb.

che nicht losgelöst voneinander zu betrachten, sondern die Verhaltensmuster der örtlichen Behörden von der Zeit des Nationalsozialismus bis in die der Bundesrepublik hinein zu untersuchen. Beispielhaft sei hier die Arbeit von Christiane Fritsche zur „Arisierung“ und „Wiedergutmachung“ in der Stadt Mannheim aus dem Jahr 2013 genannt.¹

1. Christiane Fritsche, *Ausgeplündert, zurückerstattet und entschädigt. Arisierung und Wiedergutmachung in Mannheim*. Ubstadt-Weiher u.a. 2013.

Auf regionaler Ebene konnte von der bisherigen Forschung für einzelne Städte Deutschlands nachgewiesen werden, auf welche Weise die Reichsebene durch ihre Gesetzgebung, in erster Linie aber die Ämter und Machthaber vor Ort die gezielte finanzielle Ausplünderung der Juden in ihrem Zuständigkeitsbereich betrieben und welche Personengruppen von diesem Raub profitierten.

Diesen Fragen geht Albrecht Schreiber in seiner Studie nur am Rande nach. Ihn interessiert in erster Linie das persönliche Schicksal der von dieser Ausplünderung in Lübeck betroffenen jüdischen Unternehmer und Kaufleute. Eine weitere Besonderheit seiner Studie liegt in dem vom Verfasser untersuchten Zeitraum. Entgegen der Mehrzahl der Arbeiten zur „Arisierung“ und „Wiedergutmachung“ beginnt er nicht mit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten im Jahr 1933, sondern setzt teilweise bereits in der Zeit vor der Weimarer Republik an. Damit wird es ihm möglich, den Weg der Lübecker Unternehmen von ihrer Entstehung bis zu ihrem Untergang nachzuzeichnen. Dem Leser eröffnet sich der Blick auf Firmengeschichten, die vom Aufstieg im 19. Jahrhundert ebenso geprägt sind wie vom Krisenjahr 1923 und der Weltwirtschaftskrise ein halbes

Jahrzehnt später. Eindrücklich wird deutlich, wie die Nationalsozialisten diese Firmengeschichten durch ihre repressive Politik jäh beendeten.

Albrecht Schreiber erweist sich dabei als ausgewiesener Kenner dieser Zeit. Seit Jahrzehnten widmet er sich in seiner Arbeit vor allem der Geschichte Lübecks zwischen 1933 und 1945. Dem jüdischen Leben in der Hansestadt gilt seine besondere Aufmerksamkeit. Das jüdische Lübeck im Ersten Weltkrieg ist in den vergangenen Jahren von Schreiber thematisch ebenso behandelt worden wie das exemplarische Schicksal einzelner jüdischer Frauen in der Hansestadt.² Als ehemaliger Redakteur der *Lübecker Nachrichten* offenbart sich seine enge Bindung zur Hansestadt auch in der vorliegenden Monografie.

Als Hauptquelle für seine Arbeit nennt Schreiber vor allem Werbeinserate jüdischer Firmen in den Tageszeitungen des *Lübecker Volksboten* und des *Lübecker General-Anzeigers*. Seine Ausführungen fußen aber auf einer sehr viel breiter angelegten Quellenstudie. Dabei wurden aus dem Landesarchiv in Schleswig sowohl Akten des Oberfinanzpräsidenten Nordmark bzw. der Oberfinanzdirektion als auch des Sozialministeriums herangezogen. Zu entscheidenden Erkenntnissen über den Umgang mit „Wiedergutmachungsansprü-

2. Albrecht Schreiber, *Für Kaiser und Vaterland. Das jüdische Lübeck und der Erste Weltkrieg*. Lübeck 2014. Albrecht Schreiber, *„Daß du tust, was recht und gut ist“. Lebensbilder vier jüdischer Frauen aus Lübeck*; Esther Carlebach, Charlotte Landau, Johanna Meyer, Bella Rosenak. Lübeck 2010.

chen“ nach 1945 gelangt Schreiber über die ebenfalls in Schleswig lagernden Akten des Landgerichts Kiel. Sie enthalten die Beschlüsse der an die Landgerichte angeschlossenen Wiedergutmachungsämter und damit die wesentlichen Informationen zum Umgang der Behörden in Schleswig-Holstein mit Restitutions- und Entschädigungsansprüchen der ehemals in ihrem Zuständigkeitsbereich wohnhaften jüdischen Mitbürger.

Schreiber gelingt es auf diesem Wege, die häufig starre Bürokratie der mit „Wiedergutmachungsansprüchen“ befassten Stellen in Schleswig-Holstein nachzuweisen. Für die Zeit der Weimarer Republik und das wirtschaftliche Schicksal jüdischer Unternehmen vor allem in der Zeit der Weltwirtschaftskrise und in den nachfolgenden Jahren ergänzen in erster Linie die Akten des Lübecker Handelsregisters und der Industrie- und Handelskammer der Hansestadt die Arbeit. Damit erweist sich Albrecht Schreibers Studie hinsichtlich der Akten des Lübecker Stadtarchivs als sehr umfassend.

Einen tieferen Einblick in die Lebenswelt der von der Gesellschaft des „Dritten Reichs“ ausgeschlossen, verfolgten, emigrierten und deportierten Juden Lübecks geben diese Akten jedoch nur zum Teil. An vielen Stellen gelingt es Albrecht Schreiber dennoch, das persönliche Schicksal dieser Menschen so eindringlich zu schildern,

dass sie den Leser auch persönlich betroffen machen. Hier erweist sich seine langjährige Beschäftigung mit jüdischem Leben in Lübeck als wesentlicher Vorteil, gelingt es ihm doch, auch eigene Erfahrungen und Begegnungen mit ehemals in Lübeck ansässigen Juden einfließen zu lassen. Mitglieder der Lübecker Familie Hofmann traf er persönlich und konnte auch privat an ihn gerichtete Briefe in seiner Arbeit nutzen. Persönliche Lebensberichte den Holocaust überlebender jüdischer Mitbürger hat Albrecht Schreiber bei seinen Recherchen ebenfalls berücksichtigt. Sie machen aus dieser Studie mehr als nur einen kurzen Überblick über die Lebensdaten und das Schicksal der in Lübeck ansässigen jüdischen Kaufleute.

Nicht unbegründet hat Albrecht Schreiber für seine Arbeit einen personalisierten Titel gewählt, der mit den Namen Hirschfeld, Asch und Blumenthal drei der bedeutendsten jüdischen Kaufmannsfamilien Lübecks nennt. Schreiber verfolgt in seiner Studie einen biografischen Ansatz, der die jüdischen Kaufleute in alphabetischer Reihenfolge aufzählt und ihre Lebenswege nachzeichnet. Diese Vorgehensweise bringt den Vorteil, dass der Leser sich gezielt und schnell zu einzelnen Personen informieren kann.

Sie birgt aber auch verschiedene Nachteile. Querverweise oder übergeordnete Überlegungen zur „Arisierung“ und „Wiedergutmachung“

in Lübeck werden ebenso erschwert wie eine Einbettung in den größeren historischen Kontext und den allgemeinen Forschungsstand. Die Studie wird damit zu einem Nachschlagewerk für jeden, der sich gezielt zu einzelnen jüdischen Kaufleuten in der Hansestadt informieren möchte. Die Einordnung in größere Zusammenhänge bleibt dabei, wie Schreiber auch eingangs selbst erwähnt, der weiteren Forschung überlassen.

Dies schmälert jedoch keineswegs den Wert dieser Studie. Erstmals bekommt der Leser ein Bild derjenigen Geschäftsleute Lübecks, die sich im Nationalsozialismus Repressionen ausgesetzt sahen, derjenigen, die finanziell ausgeplündert und deren wirtschaftliche Existenzen vernichtet, die zur Emigration gezwungen oder deportiert und getötet wurden. Der Begriff des „Bildes“ ist dabei auch wörtlich zu verstehen, verfügt doch Schreibers Arbeit über zahlreiche Illustrationen, die den Namen ein Gesicht verleihen.

Zu ihnen gehört der Fuhrunternehmer Kurt Moritz, dessen Begeisterung für den Motorsport sich unmittelbar jedem Leser erschließt, der ihn stolz auf seinem Motorrad in die Kamera blicken sieht. Das Selbstbewusstsein des Mediziners Oskar Meyer, der in der Königsstraße 17 eine eigene Praxis mit angeschlossener orthopädischer Heilanstalt betrieb, ist dessen dort entstandener Fotografie problem-

los zu entnehmen. Die zahlreichen abgedruckten Werbeanzeigen jüdischer Unternehmen vermitteln ein Bild vom Verkaufsalltag in den Geschäften, bevor sie in das Blickfeld der Nationalsozialisten gerieten.

Umso erschütternder wirkt der Kontrast des sich jeweils anschließenden Lebensberichts, der meist geprägt ist von der Sorge um die eigene wirtschaftliche wie persönliche Existenz und dem Bemühen um ein rechtzeitiges Entkommen vor den nationalsozialistischen Machthabern, zu häufig aber in der Deportation einzelner Familienmitglieder oder der gesamten Familie endet. Schreiber belässt es jedoch nicht bei der Darstellung der Einzelschicksale im „Dritten Reich“. Ihm gelingt es auch nachzuweisen, wie beschwerlich und häufig von den zuständigen Behörden nur widerwillig sich die „Wiedergutmachung“ dieses Unrechts nach 1945 gestaltete. Hier liegt ein besonderer Wert dieser Arbeit: Sie verdeutlicht, dass sich der Kampf gegen die deutschen Behörden um finanziellen Ausgleich für viele jüdische Mitbürger Lübecks weit über das Jahr 1945 hinauszog.

Die Arbeit Albrecht Schreibers bietet eine sehr gute Ausgangslage für weitere Studien zur finanziellen Ausplünderung der Juden und zu dem Versuch einer anschließenden „Wiedergutmachung“ im nördlichsten Deutschland. Sein eingangs in Aussicht gestelltes Ziel, keineswegs

die Gesamtbedeutung des jüdischen Wirtschaftslebens in Lübeck aufzuarbeiten, wohl aber einen Beitrag dazu zu leisten, erfüllt Schreiber über Gebühr. An seinem biografischen Nachschlagewerk zu jüdi-

schen Kaufleuten, Medizinern und Juristen aus Lübeck wird niemand vorbeikommen, der sich mit der Geschichte der Juden in Schleswig-Holstein zu beschäftigen gedenkt.

Sven Hamann

Wenn Mediziner zu Mördern werden ...

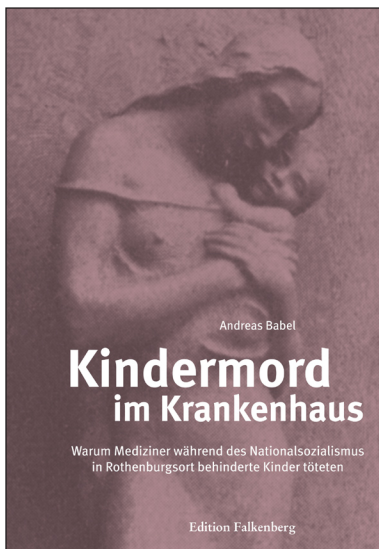
Zu den furchtbarsten Verbrechen, derer sich zahllose Ärzte, Krankenschwestern und -pfleger während des „Dritten Reiches“ schuldig gemacht haben, gehört die Ermordung psychisch kranker und behinderter Menschen, euphemistisch als „Euthanasie“ oder „Gnadentod“ bezeichnet. Wenngleich diese Verbrechen nicht gegeneinander aufgewogen oder gar relativiert werden sollen, bekommen sie doch eine besondere Abscheulichkeit und Niedertracht, wenn die betroffenen Opfer Kinder waren. Kinder als Mordopfer mobilisieren immer unser größtes Entsetzen und die Frage nach dem „Warum“.

Das Entsetzen ist eine emotionale Kategorie, die uns umso hilf- und fassungsloser sein lässt, je unzureichender die Frage nach dem „Warum“ beantwortet wird. Zugleich stellt das „Warum“ den Ausgangspunkt jeder wissenschaftlichen Untersuchung und auch journalistischen Recherche dar, die in dem zu besprechenden Buch von Andreas Babel eine ebenso fachlich

gelungene wie lesenswerte Symbiose eingehen, denn eben diesem „Warum“ Mediziner während des Nationalsozialismus in Rothenburgsort behinderte Kinder töteten, geht Babel mit historiografischen wie auch journalistischen Methoden und mit großer Akribie auf den Grund.

Die Literatur- und Quellen Grundlagen für Babels Darstellung bilden im Wesentlichen die medizinhistorische Dissertation des Hamburger Psychiaters Marc Burlon über die Kinder-„Euthanasie“ in den beiden „Kinderfachabteilungen“ in Hamburg,¹ die sich in der Staatskrankenanstalt Langenhorn und im Kinderkrankenhaus Rothenburgsort (KKR) befanden, und die Ermittlungsakten der Hamburger Staatsanwaltschaft, die von 1945 bis 1949 gegen die an der Kinder-„Euthanasie“ in Rothenburgsort Beteiligten ermittelt hatte. Zu einer Verurteilung ist es jedoch in keinem Fall gekommen, weil die Strafkammer des Hamburger Landgerichts in ihrem Urteil vom 19. April 1949 davon ausgegangen war,

1. Marc Burlon, Die „Euthanasie“ an Kindern während des Nationalsozialismus in den zwei Hamburger Kinderfachabteilungen. Med. Diss. Hamburg 2009.



Andreas Babel, *Kindermord im Krankenhaus. Warum Mediziner während des Nationalsozialismus in Rothenburgsort behinderte Kinder töteten*. Rotenburg/Wümme: Edition Falkenberg 2015. 240 S.

dass die TäterInnen im Sinne eines „unvermeidbaren Verbotsirrtums“ gehandelt hätten und die Existenz einer gesetzlichen, mithin legalen Grundlage der nationalsozialistischen „Euthanasie“ annahmen, die es faktisch jedoch nie gegeben hat. Dadurch, dass die Hamburger Nachkriegsjustiz die außergesetzlichen und damit eindeutig kriminellen Handlungsweisen der „Euthanasie“-TäterInnen wider besseres Wissen als solche nicht hat erkennen und strafrechtlich ahnden wollen, wurden die Kinder ein weiteres Mal und posthum gedemütigt.

Babel ergänzt die historische Auswertung der überlieferten

Quellen durch das journalistische Vorgehen der Befragung von Familienangehörigen und anderen Zeitzeugen, wie Freunden, Bekannten und Kollegen der insgesamt 16 in Kurzbiografien dargestellten Ärzte und Ärztinnen, die in der Kriegszeit am KKR tätig gewesen sind.

Durch die in dieser Art einmalige Verbindung aus historischer Aktenanalyse und der Auswertung der Interviews mit Personen, die die mittlerweile sämtlich verstorbenen MedizinerInnen gut gekannt haben, bietet uns Babels Studie „sowohl Innenansichten als auch Außenansichten von [...] Tätern. [...] Solche Ansichten sind selten. Aus der Innenansicht wissen wir fast generell nichts“, wie der US-amerikanische Soziologie Lutz Kaelber, der u. a. über die Kinder-„Euthanasie“ und deren Gedenk- und Erinnerungskultur forscht, in seinem Vorwort zum Buch schreibt (S. 7). Babels biografische Einzeldarstellungen der ÄrztInnen des KKR erlauben somit auch Rückschlüsse auf deren ganz persönliche Ansichten, Haltungen und Einstellungen zu „Krankheit“, „Behinderung“ und „Lebenswert“ jenseits Karrierestreben und ideologischem Gehorsam.

Nach den Recherchen von Andreas Babel haben zwölf der ÄrztInnen, darunter – als einziger Mann – der ärztliche Leiter des KKR, Dr. Wilhelm Bayer, insgesamt mindestens 56 Kinder im Säuglings- und Kleinkindalter ermordet,² von denen 33 namentlich bekannt sind;

an sie wird seit 2009 mit „Stolpersteinen“ auf dem Gehsteig an der Marckmannstraße in Hamburg erinnert. Dabei fungierte Wilhelm Bayer als innerklinischer Auftraggeber der Morde; er ordnete die Tötungen an, und seine Ober- und Assistenzärztinnen führten sie mit Unterstützung von Kinderkrankenschwestern aus, wobei sich vier der Ärztinnen der klinischen Mordmaschinerie konsequent verweigerten.

Die Kinder wurden allesamt mittels intramuskulärer Injektionen des Barbiturats Luminal getötet, das in Überdosierung verabreicht wurde und in Folge dessen die Kinder oft erst einige Tage später qualvoll unter hochgradiger Atemnot verstarben – die offizielle Todesursache, die auch den Eltern mitgeteilt wurde, war stets eine Pneumonie.

Aufgrund seiner Interviewauswertungen teilt Andreas Babel die Ärztinnen hinsichtlich ihrer Motivationen und ihres Tatverhaltens in drei Kategorien ein. Diejenigen der ersten Kategorie wirkten an den Morden sehr bereitwillig mit; sei es aus eigener Überzeugung und ideologischer Übereinstimmung mit der NS-Eugenik oder aus persönlichem Karrierestreben. Die zweite Gruppe tötete ebenfalls Kinder, dies mutmaßlich aber mit einem gewissen inneren Widerstreben. Deshalb diese Frauen zu Mörderinnen wurden, ist daher weniger schlüssig

nachvollziehbar. Die dritte Kategorie schließlich bildeten die vier Ärztinnen, die sich weigerten, die Mordaufträge ihres Vorgesetzten auszuführen.

Wenngleich diese Ärztinnen am KKR auch nicht offen gegen die Kindermorde opponierten und somit keine der Tötungen unmittelbar verhinderten, ist ihre Haltung doch sehr hoch anzuerkennen. Zugleich machen diese Ärztinnen deutlich, dass eine Verweigerungshaltung gegen die nationalsozialistische „Euthanasie“ grundsätzlich möglich gewesen ist, ohne dass den Betroffenen dadurch erhebliche Nachteile entstanden sind oder sie gar an Leib und Leben bedroht gewesen wären, wie uns unsere Großeltern und Eltern immer wieder zur Rechtfertigung eigener Untaten oder Tatenlosigkeit vorgelogen haben.

Die vielleicht erschütterndste Erkenntnis nach der Lektüre des Buches von Andreas Babel ist: Niemand hätte die Kinder in Rothenburgsort töten müssen!

Als besonders charakteristisch für die erste Kategorie kann unzweifelhaft Dr. Helene Sonnemann, eine der Haupttäterinnen, gelten. Sie soll in dieser Besprechung stellvertretend für die übrigen elf biografischen Skizzen der ärztlichen TäterInnen in Babels Studie ausführlicher dargestellt werden. Nachdem sie nur vier Jahre zuvor

2. Sowohl Marc Burlon als auch Andreas Babel gehen von erheblich mehr – wohl einigen Hundert – im KKR ermordeten Kindern aus, die jedoch aufgrund fehlender bzw. vernichteter Aktenbelege nicht mehr identifizierbar sind.

am 1. August 1937 ihre Facharzt- ausbildung in Pädiatrie am KKR begonnen hatte, wurde sie bereits im Alter von 30 Jahren zur „Sekun- därärztin“, also zur Stellvertre- terin Bayers befördert. In Rothen- burgsort ermordete sie mindestens zwölf Kinder, wie Babel detailliert darstellt (S. 40). Sonnemanns Aus- sagen zufolge war ihr Vorgesetzter Wilhelm Bayer dabei nicht nur ihr Auftraggeber, sondern hat auch selbst Kinder per tödlicher Injekti- on umgebracht.

Nachdem Sonnemann nach der alliierten Bombardierung von Ro- thenburgsort im Rahmen der „Ope- ration Gomorrha“ am 28. Juli 1943 zusammen mit Krankenhausperso- nal (ca. 70 Krankenschwestern und 5 Ärztinnen) und etwa 200 Patien- ten nach Celle evakuiert worden war, kehrte sie nicht nach Ham- burg zurück. Sie blieb in Celle und machte dort eine fulminante Nach- kriegskarriere als Kinderärztin am Allgemeinen Krankenhaus (AKH) Celle. Hier wurde sie bereits 1943 Leitende Ärztin der Kinderabtei- lung, später in der Nachkriegszeit dann Chefärztin der Kinderklinik.

Sonnemann ging im Frühjahr 1976 in den Ruhestand und stellte anlässlich dessen fest: „Das Ziel ist ohne Unfall erreicht“ (S. 45). Ange- sichts der von ihr verübten Morde kommt diese Aussage einer schier unfassbaren Verhöhnung ihrer Op- fer gleich! So kommt Andreas Babel folgerichtig zu dem Schluss, dass es wohl sehr unwahrscheinlich sei,

dass Sonnemann „nach dem Krieg ihre Täterrolle als Kindermörderin anerkannt und verarbeitet“ habe (S. 45).

Dafür spricht auch, dass Son- nemann ihr gesamtes Berufsleben über die Überzeugung vertrat, dass behinderte und schwer kranke Kin- der kein Lebensrecht besäßen. Ihre ideologische Kontinuität belegt Andreas Babel mit den Fällen von drei behinderten Kindern, die in den 1950er- bis 1970er-Jahren in der Kinderklinik des Celler AKH Pa- tienten waren (S. 49-52). In allen drei Fällen hatte sich Sonnemann den Eltern gegenüber sehr taktlos und herablassend über den „Wert“ ihrer Kinder geäußert und den Eltern äußerst nachdrücklich die „passive Euthanasie“ durch Nicht- behandlung der Kinder nahegelegt.

In zwei Fällen waren die Eltern gemäß ihren Äußerungen Andreas Babel gegenüber derart schockiert von der Kälte und Herzlosigkeit Sonnemanns, dass sie Argwohn schöpften und die umgehende Ent- lassung bzw. Verlegung ihrer Kin- der aus dem AKH veranlasst haben. Vermutlich retteten sie ihnen damit das Leben, ließ doch Sonnemann keinen Zweifel daran, die Kinder nicht adäquat therapieren und da- mit sterben lassen zu wollen.

Der 1956 mit einem (später er- folgreich operierten) Herzvitium geborene Junge A. F. wurde 41 Jahre alt und verstarb an einer Leukämie. Die 1974 geborene und mit – spä- ter ebenfalls erfolgreich operierten

– Fehlstellungen der Füße und der Hüfte vergleichsweise „leicht“ behinderte L. machte im Anschluss an ihren Schulabschluss eine kaufmännische Ausbildung; nach ihrer Geburt hatte Helene Sonnemann dem Vater schroff prophezeit: „Aus dem Kind wird nichts und da ist nichts oder nicht viel zu machen“ (S. 51). Im April 2001 verstarb die junge Frau, die ein vollkommen eigenständiges Leben gelebt hat, an einem mit ihrer Behinderung nicht assoziierten Kreislaufversagen.

Das dritte Kind ist durch die unheilvolle Einflussnahme von Helene Sonnemann unter grauenhaften Umständen verstorben. 1969 erstickte die Mutter der kleinen Edda den behinderten Säugling im Alter von wenigen Monaten mit einem Kissen, nachdem ihr Helene Sonnemann „empfohlen“ hatte, das Kind Kälte und Zugluft auszusetzen, damit es eine Lungenentzündung bekommt, die dann nicht therapiert werden und zum Tod führen solle; die Mutter wählte dann nicht diese qualvolle Art der Tötung des eigenen Kindes. Diesen Mord gestand die Mutter erst 2011 ihrer 1971 gleichsam als „Ersatz“ für Edda geborenen Tochter, mit der Andreas Babel eines seiner zahlreichen Interviews geführt hat und die bis heute an diesem familiären Trauma leidet.

Trotz alledem und obwohl durch zwei *Spiegel*-Artikel, in denen sie namentlich genannt wurde, sowohl der Geschäftsführung des AKH

Celle sowie ihren Kollegen und Kolleginnen spätestens seit Anfang der 1960er-Jahre bekannt war, dass Helene Sonnemann in Hamburg Kinder ermordet hatte, konnte sie ihre Berufstätigkeit und ihr Leben in Celle vollkommen unbehelligt fortsetzen. Nicht einmal ihre Eheschließung mit dem ehemaligen hochrangigen SS-Offizier und persönlichen Hitler-Adjutanten Fritz Darges im Jahre 1952 brachte Einschnitte und irgendjemanden zum Nachdenken.

Nicht nur bei Helene Sonnemann, sondern auch bei den anderen Tötungs-Ärztinnen (mit nur einer Ausnahme) konnte Andreas Babel im Rahmen seiner Recherchen auch nur die geringsten Anzeichen von Reue oder Unrechtsbewusstsein feststellen. Vielfach wurden die Morde im Nachhinein mit den „Gegebenheiten der Zeit“ rationalisierend gerechtfertigt oder einfach nur lebenslang tabuisiert und verschwiegen. Dabei hatte keine der Ärztinnen die Morde im Rahmen der staatsanwaltlichen Ermittlungen geleugnet oder versucht, sie zu vertuschen; dies ist, wie Babel zitiert, gemäß des unlängst verstorbenen „Euthanasie“-Forschers Ernst Klee eine absolute Ausnahme (S. 17).

Im Gegensatz zu Helene Sonnemann weigerten sich Dr. Lydia Fontana, Dr. Margarita van der Borg, Dr. Ingeborg Sammet und Liesel Deidesheimer, die ihnen von ihren Eltern im guten Glauben anvertrauten Kinder zu ermorden.

Dabei hat ihr christlicher Glaube Ingeborg Sammet davor bewahrt, zur Mörderin zu werden. Die bekennende und als tief religiös beschriebene Christin war am KKR nur von Februar 1940 bis zum 20. April 1941 tätig gewesen und verließ das Krankenhaus, weil sie sich dort nicht wohl gefühlt habe, wie Sammet im Rahmen der Nachkriegsermittlungen aussagte. Weshalb sie sich „nicht wohl fühlte“, ist leider nicht dokumentiert; da aber zum Zeitpunkt ihres Wegganges das systematische Morden am KKR begonnen hatte, mutmaßt Babel dies als Grund dafür. Sammet wechselte an das Allgemeine Krankenhaus Hamburg-Barmbek.

Mehrere von Babel befragte Zeitzeugen sagten über Ingeborg Sammet, dass es wohl im Wesentlichen ihr tiefer christlicher Glaube gewesen sei, der sie zur Verweigerung der Patiententötungen veranlasste. In mindestens einem dokumentierten Fall wurde sie am KKR zur Tötung eines „idiotischen Kindes“ mittels Luminal-Injektion aufgefordert, dem sie dann nicht entsprach (S. 161). Die mutige Ärztin war nach dem Krieg als niedergelassene Kinderärztin in eigener Praxis tätig und verstarb 2005 96-jährig in Hamburg.

Für die von Dezember 1944 bis April 1945 am KKR tätige Ärztin Dr. Margarita van der Borg sind neben ihrer Weigerung, behinderte Kinder umzubringen, auch weitergehende Widerstandshandlungen belegt, wie

der Buchautor vom Sohn der Ärztin, dem sie bereits früh von den Kindertötungen in Rothenburgsort berichtet hatte, erfahren hat. Ihm zufolge hatte auch sie das KKR deshalb verlassen, weil dort im großen Umfang Kinder ermordet wurden.

Sie wechselte an die Universitäts-Kinderklinik Eppendorf, wo der NS- und „Euthanasie“-Gegner Prof. Dr. Rudolf Degkwitz seit 1932 Ordinarius für Kinderheilkunde war. Mit ihm zusammen hat Margarita van der Borg sowohl von der „Euthanasie“ bedrohte behinderte als auch kranke jüdische Kinder aus Hamburg in das Hamburger Ausweichkrankenhaus nach Wintermoor in der Lüneburger Heide verbracht, um sie dem Zugriff der Tötungsärzte zu entziehen.

Leider vergeblich hatte Degkwitz „bis in die 1960er Jahre hinein versucht, den Verbrechern von Rothenburgsort den Prozess machen zu lassen“, wie Andreas Babel in dem biografischen Kapitel über Degkwitz schreibt (S. 33). Der überzeugte Nationalsozialist Wilhelm Bayer hatte bei dem entschiedenen NS-Gegner Degkwitz als Oberarzt gearbeitet, bevor er Chefarzt des KKR wurde.

Dr. Margarita van der Borg weigerte sich der nationalsozialistischen Ideologie vom „Lebensunwert“ Behinderter und Kranker aufgrund ihres ärztlichen Ethos des Lebenserhaltes, dem sie sich kompromisslos verpflichtet fühlte. Dazu sagte ihr Sohn dem Autor: „Es war ihr zuwi-

der, sehen zu müssen, wie Menschen, insbesondere Ärzte, zu solchen Taten fähig waren. Ich bin sicher, dass sie dies immer so empfand; während ihrer Zeit am Krankenhaus Rothenburgsort hatte sie miterlebt, dass es so etwas wirklich gab, und es war furchtbar für sie.“ (S. 158)

Dieses Zitat macht exemplarisch deutlich, wie eindringlich uns die Studie von Andreas Babel anhand der mordenden ÄrztInnen zeigt, zu welcher Niedertracht und zu welcher tiefer Verachtung menschlichen Lebens intelligente, gebildete Menschen ohne Not fähig sind.

Heute zeigen uns erneut die Wähler und Mitglieder der „AfD“, dass die Kombination aus Menschenverachtung und zumindest partieller Bildung kein epochal historisch gebundenes Phänomen ist, sondern wohl bedauerlicherweise zur Grundausstattung des derart zu unrecht bezeichneten „Homo sapiens“ gehört, der allzu oft, wenn der „Mainstream“ oder das politische Klima dafür günstig erscheint, eben dieser Menschenverachtung in

Gedanken, Worten und schließlich Taten offen und unverhohlen und ohne jede Scham freien Lauf lässt.

Obwohl und gerade weil dies an Erfolg und Nachhaltigkeit des pädagogischen Nachkriegskonzeptes des „Lernens aus der Geschichte“ erheblich zweifeln lässt, sei die Lektüre dieses Buches dringend empfohlen – insbesondere in einer Zeit, in der die „Wutbürger“ und die Ewiggestrigen in Dresden und andernorts die rassistische Ablehnung und Ausgrenzung „andersartiger“ Menschen und eine radikale Abkehr vom würdigen Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus fordern.

Neben der umfassenden historisch-biografischen Aufarbeitung und Darstellung der „Euthanasie“-Verbrechen im Kinderkrankenhaus Rothenburgsort und deren fatalen Folgen bis in die jüngste Vergangenheit leistet das Buch von Andreas Babel einen wichtigen Beitrag des Gedenkens an die schwächsten und hilflosesten Opfer des NS-Terrorregimes.

Eckhard Heesch

Doppelter Blick in die Provinz

Sieben Jahre lang hat der Verfasser parallel zu seiner hauptamtlichen Arbeit als Gymnasiallehrer in Niedersachsen an seiner Dissertation geschrieben (S. 5). Darin vergleicht er die beiden Landstädte Quakenbrück, Kreis Bersenbrück (heutiges Niedersachsen) und Heide, dama-

liger Kreis Norderdithmarschen, längsschnittlich von 1928 bis 1933 miteinander. Methodisch greift er dafür auf ein Milieukonzept zurück, das sowohl die Verankerung der verschiedenen sozialen Gruppen vor Ort einordnet als auch die Entstehung eines neuen Milieus – eines



Christian Peters

Nationalsozialistische Machtdurchsetzung in Kleinstädten

Eine vergleichende Studie
zu Quakenbrück und Heide/Holstein

[transcript] Histoire

Christian Peters, *Nationalsozialistische Machtdurchsetzung in Kleinstädten. Eine vergleichende Studie zu Quakenbrück und Heide/Holstein*. Bielefeld: transcript Verlag 2015. 489 S.

nationalsozialistischen – zu erklären versucht.

Um die lokalen Milieus und deren Aktivitäten während des Aufstiegs der NSDAP erschließen zu können, wertet Peters insbesondere die regionalen Zeitungen aus. Neben der Quantifizierung von Veranstaltungen geht es ihm um eine Einschätzung des Presseklimas in den beiden Gemeinden. Dementsprechend viel Raum nimmt die Nacherzählung von Ereignissen ein, denn daraus leitet der Verfasser ab, wie sich die Milieus auf das Eindringen der Nationalsozialisten einstellten, welche hemmenden und fördernden Faktoren es gab und

welche Gründe für den Aufstieg der NSDAP ausschlaggebend waren. Hinzu kommen Analysen der Reichstags- und Landtagswahlergebnisse, mitunter auch unter Einbeziehung der kommunalen Ebene. Ein Kapitel zur Machtdurchsetzung ab Januar 1933, „Vergleichende Schlussbemerkungen“ und das obligatorische Quellen- und Literaturverzeichnis schließen den Band ab.

Zum methodischen Ansatz

Die Auswahlkriterien für die komparative Studie lassen eine Reihe von Fragen offen. Die Ortsauswahl begründet der Autor damit, dass „sie auf der Basis der bisherigen Forschungsdefizite eine systematische Aufarbeitung der nationalsozialistischen Machtdurchsetzung in nord- bzw. nordwestdeutschen protestantisch geprägten Land- und Kleinstädten ermöglichen“ (S. 34). Warum Heide als Kreisstadt mit mehr als 10.000 Einwohner/innen mit Quakenbrück (unter 5.000 Einw.) zu vergleichen sich lohnt, wird dabei lediglich aus der Tatsache abgeleitet, dass beide im ländlichen Raum verortet sind und eine wechselseitige ökonomische Bedeutung für das Umland gehabt haben (S. 35). Peters konstatiert, dass für Quakenbrück „keine adäquaten Daten ausgehoben werden konnten“ (S. 36), während für Heide die einschlägigen Informationen aus der Wirtschaftsstatistik vorliegen.

Der Analyse der sozioökono-

mischen Lage misst der Autor aber sowieso keine größere Bedeutung zu, „da man aufgrund dieser Ausrichtung die prägende mentale Disposition stärker vernachlässigt, als es für die Bestimmung der politischen Vorstellung günstig ist“; für Peters sind letztere mehr durch die „Zugehörigkeit zur mentalen Disposition“ eines bestimmten Milieus und dessen Sozialisation bestimmt (S. 23). Folgt man dieser Argumentation, so stellt sich etwa die Frage nach dem sehr unterschiedlichen Katholikenanteil in Quakenbrück (38 Prozent) und Heide (1,5 Prozent).

Das Milieukonzept des Autors unterscheidet politische Milieus (Partei- und Organisationsmilieu), in denen die Mitglieder gemeinsame Werthaltungen und Mentalitäten teilen (S. 43), vom Trägermilieu (d.h. den gemeinsamen Lebenswelten und Organisationen) und dem Kontaktmilieu (wo sich Akteure der Milieus jeweils in anderen Umgebungen aufhielten und handelten).

Die Ausleuchtung des konservativen Milieus – welches Peters als wesentliches „Rekrutierungspotential für das nationalsozialistische Milieu“ identifiziert (S. 53) – findet anhand der so genannten assoziierten Milieus (u.a. Kriegervereine, vaterländische Frauenverbände) statt (S. 57-60). Dagegen fallen die Ausführungen des Autors zu den konservativen politischen Parteien ab. Die Belege für fehlende lokale Parteiorganisationen sind nicht immer ganz schlüssig, etwa wenn

gemeinsame bürgerliche Listen nur als „Schwäche“ der Parteien gewertet werden (S. 56). Zum katholischen Milieu macht der Autor nur für Quakenbrück inhaltliche Aussagen, da in Heide die katholische Gemeinde zu klein war, um politisch ins Gewicht zu fallen (S. 61).

Ob die fehlenden Belege für eine KPD-Organisation in Heide tatsächlich als Indiz für ein gemeinsames Organisationsmilieu der beiden Arbeiterparteien zu bewerten ist oder dem Autor schlichtweg die Quellen fehlen, muss offen bleiben. (Peters hat weder auf die SAPMO-Bestände im Bundesarchiv noch auf die Akten zum KPD-Bezirk Waserkante im Staatsarchiv Hamburg oder die einschlägigen SPD- und KPD-Medien zurückgegriffen.)

Warum der Autor nur vier Milieus rekonstruiert (nationalsozialistisch, konservativ, katholisch und sozialistisch) und nicht einmal diskutiert, ob es ein liberales Milieu im ländlichen Raum gegeben hat, erschließt sich dem Rezensenten nicht. Nichtsdestotrotz ist es eine der analytischen Stärken der Arbeit, überhaupt auf ein Milieukonzept zurückgegriffen zu haben: „Die Wahrung der Interessen bzw. die Vermittlung des Gefühls derselben war in Bezug auf die Bindung der Menschen ein nicht zu unterschätzender Faktor. Kam es zu einem Vertrauensverlust der Wahrung der Interessen, so war die Folge bei der nächsten Wahl, dass sich diejenigen, die das Vertrauen verloren hatten,

entweder der Wahl enthielten oder zur Wahl einer anderen Partei desselben politischen Blocks tendierten.“ (S. 82)

Widersprüche und handwerkliche Mängel

Mangels anderer Quellen greift der Autor bei der Bewertung der Aktivitäten der politischen Milieus auf die Auswertung von Artikeln im Lokalteil der Zeitungen zurück. Da der Autor aber nicht auf die Forschungen von Markus Oddey zur Presselandschaft Schleswig-Holsteins berücksichtigt, ergeben sich Widersprüche in der Bewertung der Ausrichtung des *Heider Anzeigers*. Im Zuge seiner Auszählung der Präsenz der Parteien und Organisationen im Lokalteil des Blattes schreibt Peters, die NSDAP habe schon 1928 einen Anteil von mehr als 50 Prozent des Inhalts eingenommen (S. 99). Dagegen konstatiert Oddey für den *Heider Anzeiger* für 1928 noch eine DNVP-/DVP-unterstützende Linie, die die NSDAP im Lokalteil 1930 als legitim bewertet und im überregionalen Teil noch auf DVP und DNVP setzt.¹

Bei der Darstellung der Reichstags- und Landtagswahlergebnisse greift Peters analytisch auf die einschlägige überregionale Literatur

– insbesondere Falter² – zurück. Deshalb überraschen die wiederkehrenden methodischen Fehler. So fehlen in den Tabellen die Ergebnisse für die Liberalen, die sonstigen Parteien sowie die Anzahl der Wahlberechtigten und Nichtwähler (u.a. S. 319, 362, 425). Der alleinige Bezug auf die abgegebenen gültigen Stimmen kann zu Fehlschlüssen führen, etwa wenn für den Übergang zur NS-Diktatur mögliche Wählerwanderungen von SPD und KPD ins Nichtwählerlager nicht mitgedacht werden (S. 434).

Am auffälligsten ist aber, dass keiner der in den vergangenen zehn Jahren in der ZSHG und den ISHZ erschienenen Aufsätze zu den Wählerwanderungen in Schleswig-Holstein und Dithmarschen berücksichtigt wird³ und auch einige ältere einschlägige Publikationen nur indirekt zitiert werden.

Auch bei der Analyse begünstigender bzw. hemmender Faktoren für den Aufstieg der NSDAP in Heide und Quakenbrück lässt Peters wichtige Forschungsarbeiten außer Acht.⁴ Als förderliche Faktoren arbeitet Peters heraus: eine positive Pressepräsenz, die Schwäche der NS-Gegner, die Ausbildung eines eigenen Milieus, den Wechsel wichtiger Milieuöffner zur Partei (in Heide die Stadtverordneten

1. Markus Oddey, *Unter Druck gesetzt. Presse und Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein. Struktur – Wahrnehmung – Herrschaftsakzeptanz*. Eutin 2006.

2. Jürgen W. Falter, *Hitlers Wähler*. München 1991, u.a. S. 142 ff., S. 156.

3. Vgl. etwa Frank Omland, „Warum wählt der Schleswig-Holsteiner nationalsozialistisch [?]“. *Wahlen, Wählerherkünfte und Wählerwanderungen in Schleswig-Holstein 1928–1933*. In: ZSHG 133 (2008), S. 125–168, mit weiteren Literaturhinweisen.

und Verbandsfunktionäre Bruhn und Claussen) und das, was andere Autoren den Kampf für die Heimat genannt haben (Zusammenlegung von Norder- und Süderdithmarschen). Als hemmende Faktoren seien die hohe Bindung im katholischen Milieu, gezieltes Ansprechen der Interessen bestimmter Wählergruppen, ein schwaches Träger- bzw. Kontaktmilieu der NSDAP und das massive Auftreten des sozialistischen Milieus im Sinne eines „Kampfes um die Straße“ zu nennen.

Der Veröffentlichung hätte sowohl sprachlich als auch inhaltlich ein besseres Lektorat gut getan. Handwerklich fällt dies an verschiedenen Stellen auf, am extremsten bei einem Exkurs über einen Konflikt in Quakenbrück, der auf den Seiten 402 bis 404 für 2 1/2 Seiten (!) in die Fußnoten verlegt wird. Auffällig ist auch, dass aus dem einschlägigen Bestand zur NSDAP im Landesarchiv Schleswig-Holstein nur eine einzige Akte angegeben wird (LAS 301/4555) und bestimmte Bestände komplett fehlen (u.a. zum Republik-schutz).

Ein weiterer Mangel ist die Zitation der verwendeten Zeitungen und Akten, hier fehlen die Titel von Artikeln und genauen Bezeichnungen der Dokumente. Ebenso hätte ein Mehr an Wissen um die regionalen Gegebenheiten manche

Bewertung anders ausfallen lassen. So etwa, wenn dem Verfasser die Konflikte zwischen Ernst Oberfohren (DNVP) und Gauleiter Lohse (NSDAP) bekannt gewesen wären.

Geradezu ermüdend sind die ständigen Wiederholungen bestimmter Argumentationsmuster, die sich aus dem gewählten Vorgehen ergeben: Zuerst werden bis zum nächsten Wahlereignis die regionalen Veränderungen nacherzählt, dann folgt die Wahlanalyse, die wiederum auf diese Veränderungen eingeht, um schlüssig die Ergebnisse zu erklären. Die Chronologie befördert dann die Wiederholung des Gesagten, so dass die Studie praktisch nicht im Ganzen lesbar ist und die darin enthaltenen Erkenntnisse ob des gewählten Ablaufs nur schwer herauszuarbeiten sind.

„Die nationalsozialistische Machtdurchsetzung wäre ohne das Engagement lokaler Funktionsträger bzw. Funktionseliten für nationalsozialistische Organisationen und ohne die Herrschaft auf Reichsebene in nord- und nordwestdeutschen Land- und Kleinstädten nicht möglich gewesen.“ (S. 37) – dem kann der Rezensent nach Durchsicht der Studie nur zustimmen. Der Erkenntnisgewinn der Dissertation von Christian Peters besteht zum einen darin, dass die Anwendung einer Theorie (hier: Milieukonzept) als Folie zur Auswertung von Quellen

4. Etwa die Arbeiten von Peter Wulf zum frühen Antisemitismus schleswig-holsteinischer Parteien, siehe Peter Wulf, „Jüdische Weltherrschaftspläne“. Antisemitismus in bürgerlichen und bäuerlichen Parteien und Verbänden in Schleswig-Holstein zu Beginn der Weimarer Republik. In: ZSHG 128 (2003), S. 149-184.

die Regional- und Lokalgeschichtsforschung befruchten kann. Zum anderen darin, dass die Sichtweise von Ulrich Pfeil zum Aufstieg der NSDAP in Heide⁵ – gerade was die direkte und indirekte Presseunterstützung betrifft – zu hinterfragen ist. Angesichts der methodischen

und inhaltlichen Schwächen der Studie von Peters kann diese aber nur denjenigen empfohlen werden, die sich im Detail mit der Region Dithmarschen befassen und die dortigen Ergebnisse mit eigenen Forschungen vergleichen wollen.

Frank Omland

Kirchengeschichte im politischen Diskurs

Diese Arbeit schließt ein Forschungsprojekt ab, mit dem der Historiker Stephan Linck (Jg. 1964; jetzt Studienleiter für Erinnerungskultur und Gedenkstättenarbeit der Evangelischen Akademie der Nordkirche) im Jahr 2008 von der Kirchenleitung der Nordelbischen Kirche beauftragt wurde. Sie schließt an die erste Untersuchung an, die den Zeitraum von 1945 bis 1965 umfasste (vgl. ISHZ 55, S. 218), und behandelt die zwei Folgejahrzehnte. (Ein wichtiges Datum innerhalb dieses Zeitraums war 1977 die Fusion der Landeskirchen in Schleswig-Holstein und Hamburg zur Nordelbischen Ev.-luth. Kirche.) Der Verfasser diskutiert das Problem der unterschiedlichen Periodisierungen, also der zeitlichen Abgrenzungen, und konstatiert: „Auch wenn der vorliegende Band die Zeit von 1965 bis 1985 behandelt, stellt dieser Zeitabschnitt keine geschlossene Periode in der kirchlichen Vergangenheitspolitik und in

der Entwicklung des Verhältnisses zum Judentum dar. Vielmehr vollzog sich während dieses Zeitraums ein grundlegender Wandel, der hier eingehender untersucht werden soll.“ (S. 14)

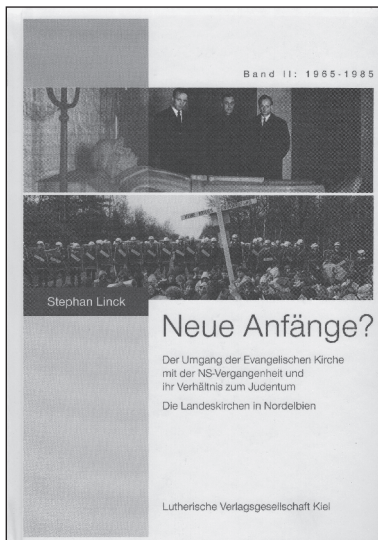
Zu den thematischen Schwerpunkten erklärt der Autor: „Die Arbeit geht drei Fragestellungen nach: der direkten Frage nach Schuld und Sühne, dem Wandel im Verhältnis zum Judentum und dem Verhältnis zum ‚Osten‘, das sowohl das Verhältnis zu den Ostblockstaaten umfasst als auch die langsame Abkehr vom Antikommunismus.“ (S. 20). Damit ist deutlich gemacht, was ein/e Leser/in von diesem Buch erwarten kann und was nicht: Linck geht es um detaillierte Antworten auf die genannten spezifischen Fragestellungen, nicht um eine umfassende Darstellung der (nordelbischen) Kirchengeschichte im Zeitraum zwischen 1965 und 1985. Und er gibt den wichtigen Hinweis „Im

5. Ulrich Pfeil, Der Aufstieg der NSDAP in Heide 1928–1933. Staatsexamensarbeit Hamburg 1992; ders., Vom Kaiserreich ins „Dritte Reich“. Die Kreisstadt Heide/Holstein 1890–1933. Heide 1997; ders., Von der roten Revolution zur braunen Diktatur. Heide zwischen 1918 und 1935. Quellen, Texte und Abbildungen für die Sekundärstufe I. Heide 1997.

Gesamtspektrum der politischen, gesellschaftlichen und kirchlichen Veränderungsprozesse, die sich von den 1960er- bis in die 1980er-Jahre vollzogen, sind die Fragestellungen, die dieser Arbeit zugrunde liegen, nicht mehr im Zentrum.“ (S. 12)

Bevor Linck die drei thematischen Schwerpunkte behandelt, werden von ihm (nach Kp. I, *Einleitung*) „in einem knappen Überblick die veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und theologischen Einflüsse eingeordnet, verbunden mit einem Überblick zu den Theologischen Fakultäten Kiel und Hamburg. Es folgt eine Skizze zum Entstehungsprozess der Nordelbischen Kirche, der die Kirchen während des Untersuchungszeitraums prägte. Gleichzeitig werden Eckdaten zur Entwicklung der Kirchen und der Kirchlichkeit 1965 bis 1985 dargestellt.“ (S. 22) Auch wenn dieses Kapitel II, *Nordelbiens Kirchen im Wandel*, einige interessante Informationen enthält (z.B.: *Kirchliche Bindung – statistische Entwicklung*, S. 41-53), stellt sich mir die Frage, ob es eine notwendige Voraussetzung für die Lektüre der folgenden Kapitel mit den genannten thematischen Schwerpunkten der Arbeit ist.

Das erste Hauptkapitel der Studie *Schuld und Sühne* (S. 54-160), behandelt vier Themenkomplexe: *Aufarbeitung in eigener Sache – die Geschichte des Kirchenkampfes; Gefallenengedenken und Ehrenmale; Der Fall Redeker und die Kieler The-*



Stephan Linck, *Neue Anfänge? Der Umgang der Evangelischen Kirche mit der NS-Vergangenheit und ihr Verhältnis zum Judentum. Die Landeskirchen in Nordelbien. Bd. 2: 1965–1985.* Kiel: Lutherische Verlagsgesellschaft 2016. 479 S.

ologische Fakultät sowie Umgang mit NS-Verbrechern und die Erinnerung.

Im Abschnitt *Aufarbeitung in eigener Sache – die Geschichte des Kirchenkampfes* (S. 55-82) würdigt Linck die Impulse des in Hamburg lehrenden Kirchenhistorikers Kurt Dietrich Schmidt für die wissenschaftliche Aufarbeitung des Kirchenkampfes. (Schmidt war Mitglied im Bruderrat der BK Schleswig-Holstein gewesen und 1935 wegen „politischer Unzuverlässigkeit“ in den Ruhestand versetzt worden. Nach 1945 lehnte er eine Rückkehr an die Kieler Theologische Fakultät ab, so lange dort Theologen mit NS-

Vergangenheit wie Redeker lehrten.) Der Autor zeigt, dass die „Entstehungs- und Wirkungsgeschichte“ der drei Darstellungen zum Kirchenkampf – von Johann Bielfeldt zu Schleswig-Holstein (1964), von Karl-Friedrich Reimers zu Lübeck (1965) und von Heinrich Wilhelmi zu Hamburg (1968) – „so verschieden (ist) wie die Geschehnisse in diesen Landeskirchen während der NS-Zeit“ (S. 56-57).

Diese Unterschiede können hier nicht nachgezeichnet werden. Erwähnt seien nur zwei Aspekte: Ausführlich geht Linck auf die Kritik an Bielfeldts Darstellung ein, die Christian Kinder, der ehemalige Kieler Landeskirchenamtspräsident und Reichsleiter der Deutschen Christen, im gleichen Jahr veröffentlichte. Den von ihm verfügt Ausschluss der „nichtarischen Christen“ aus der Landeskirche im Februar 1942 verteidigte Kinder als unvermeidlich – seine Deutung der Geschehnisse erwies sich, so Linck, als „wirkungsmächtig“ (S. 65).

In Hamburg ruhte nach dem Erscheinen von Wilhelms Publikation die Beschäftigung mit der NS-Vergangenheit der Hamburgischen Landeskirche wieder. Als Wolfgang Gerlach 1970 der Hamburger Theologischen Fakultät seine detailreiche Dissertation „Als die Zeugen schwiegen. Die Bekennende Kirche und die Juden“ vorlegte, wurde die Drucklegung verweigert. Vor allem einer Intervention des Historikers und Leiters der Forschungsstelle

für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, Werner Jochmann, war es zu verdanken, dass 17 Jahre später die BK-kritische Dissertation im Druck erscheinen konnte.

Einen wichtigen Ort nimmt in Lincks Darstellung das Thema *Gefallenengedenken und Ehrenmale* (S. 82-122) ein. Zu Recht konstatiert der Autor: „Eine zentrale Bedeutung für die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit hatte das Gedenken an die Toten. Hier hatte die Kirche eine tragende Rolle, sie gab der Trauer einen Ort. [...] Entscheidend war aber die Frage, welcher Toten gedacht wurde, welche geehrt wurden.“ (S. 82) Linck zeigt: Während in den Jahren nach dem Ende des 2. Weltkrieges „das Gedenken an die Opfer der NS-Herrschaft noch erkämpft werden musste“ (S. 86), änderte sich in den 1960er-Jahren die Haltung zu Ehrenmalen, „wohl auch durch die veränderte Wahrnehmung der NS-Verbrechen in der Folge des öffentlichen Diskurses, den der Eichmann-Prozess in Jerusalem und der Frankfurter Auschwitz-Prozess ausgelöst hatten.“ (S. 92)

Geradezu spannend ist Lincks Darstellung und Analyse des sog. Flensburger Denkmalstreits mit seinem bundesweiten Echo (S. 97-122). Der Streit begann im Dezember 1966, als der Flensburger Propst Wilhelm Knuth es ablehnte, einen Festgottesdienst anlässlich der Hunderjahrfeier des Füsilier-

Regiments „Königin“ Nr. 86 in der ehemaligen Flensburger Garnisonskirche so abzuhalten, wie es die Füsilier-Veteranen wünschten. Die drei Pastoren von St. Marien – Gerhard Jastram, Oswald Krause und Wolfgang Friedrichs – erhoben zusätzlich die Forderung, die Ehrenhalle der „86er“ in St. Marien komplett umzugestalten, und stellten der Öffentlichkeit fünf Thesen vor mit dem Titel „Gefallenenehrungen haben in Kirchen keinen Platz.“ Die Kontroverse entwickelte sich zu einem Grundsatzstreit weit über die Grenzen Flensburgs hinaus, denn es ging – so das Fazit von Linck – um mehr als den Umgang mit Ehrenmalen, es ging um „das Traditionsverständnis des deutschen Militärs und den aktuellen Nationalbegriff. [...] In der Auseinandersetzung prallten Vertreter einer diskursorientierten, demokratischen Kirche auf traditionelle nationalprotestantische Vorstellungen, deren Obrigkeitsbild noch von monarchischen Traditionen gespeist war.“ (S. 97/98)

Es war sicher kein Zufall, dass Gustav Heinemann und Kurt Scharf mutig für die Flensburger Pastoren Partei ergriffen, als der Konflikt die Flensburger Geistlichkeit und die Theologische Fakultät in Kiel spaltete. Dem Oeverseer Pastor Wolfgang Grell brachte sein Engagement im Flensburger Denkmalsstreit – nach Beschwerden u.a. des Prinzen Friedrich Ferdinand von Schleswig-Holstein und hoher Militärs – ein Verfahren seitens der

Kirchenleitung ein. Linck resümiert: „Das Amtszuchtverfahren wegen eines unbotmäßigen Briefs und eines nicht beantworteten Bischofsschreibens zeigt deutlicher noch als der zugrundeliegende Denkmalsstreit das starke nationalprotestantische Selbstverständnis im schleswig-holsteinischen Landeskirchenamt und in der Kirchenleitung.“ (S. 122)

Bedrückend sind die Fakten, die Linck im Abschnitt *Der Fall Redeker und die Kieler Theologische Fakultät* (S. 122-142) aufführt. Martin Redeker (1909–1969), der in der NS-Zeit eine völkisch-rassistische Theologie vertrat, hatte „mehr als 30 Jahre [...] prägenden Einfluss auf die Theologische Fakultät in Kiel“ (S. 141) und verhinderte deren Entnazifizierung, ohne dass die Leitung der Landeskirche eingriff, vermutlich auch „weil man von der Kooperation mit dem Politiker Redeker profitierte“ (S. 129).

Im Abschnitt *Umgang mit NS-Verbrechern und die Erinnerung an die Verbrechen* (S. 142-159) macht Linck deutlich: Erst Ende der 1970er-Jahre entwickelte sich eine stärkere Empathie gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus, und die Orte der Verbrechen wurden zum Gegenstand einer Erinnerungskultur. Als exemplarisch für den Paradigmenwechsel bezeichnet der Autor die – von kirchlichen Stellen zunächst behinderte – Arbeit des Bibliothekars Gerhard Hoch (1923–2015) zur NS-Vergangenheit (von Kaltenkirchen) und die

Versöhnungs- und Gedenkstättenarbeit der Kirchengemeinde Neuenengamme.

Im zweiten Hauptkapitel des Buches, *Christen und Juden* (S. 161–231), untersucht Linck, „inwieweit sich die Diskussionen auf den Kirchentagen in den Auseinandersetzungen der Landeskirchen Nordelbiens niederschlugen“ und „ob und wie das Gespräch mit Juden gesucht und ob und wie eine theologische Debatte über das Verhältnis zum Judentum geführt wurde.“ (S. 162) Dabei waren die Ausgangslagen unterschiedlich: In Hamburg gab es eine jüdische Gemeinde vor Ort, in Schleswig-Holstein dagegen (abgesehen von der kleinen jüdischen Gemeinde in Lübeck) kaum ein „Gegenüber“ vor Ort.

Linck zeigt, dass sich die Aktivitäten der 1962 gegründeten Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit Schleswig-Holstein bis Ende der 1970er-Jahre weitgehend auf Vorträge anlässlich der „Woche der Brüderlichkeit“ beschränkten. Aber er würdigt auch die besondere Rolle der Flemhuder Theologischen Konferenz für den jüdisch-christlichen Dialog in den 1970er-Jahren, vor allem die Rolle des Pastors Dieter Schoeneich, der Begegnungen von christlichen und jüdischen Jugendlichen bzw. von Rabbinern und Pastoren in Husum und Rissen und in London und Studienfahrten nach Israel organisierte.

Aus der Hamburgischen Landeskirche hebt Linck im Blick auf

das Thema „Christen und Juden“ drei Akteure hervor: Bischof Wölber, die Evangelische Akademie Hamburg und die Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Hamburg (GCJZ HH).

In seiner Funktion als Leitender Bischof der VELKD (1969–1975) forderte Wölber die lutherischen Gliedkirchen nachdrücklich auf, „mit jüdischen Gemeinden vor Ort zu einem Gedankenaustausch zusammenzukommen.“ (S. 193) Als 1963 Pastor Joachim Ziegenrucker (1912–2008) zum Akademiedirektor und bald danach zum 1. Vorsitzenden der GCJZ HH gewählt wurde, führte das zu einer Intensivierung des in Hamburg (schon vorher existierenden) christlich-jüdischen Gesprächs.

Neben Ziegenrucker bemühte sich besonders Werner Jochmann (1921–1994), der Leiter der Forschungsstelle zur Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, seine Forschungsergebnisse in die Kirche zu kommunizieren. Bemerkenswert ist, dass (der damalige Senator) Helmut Schmidt, der ebenso wie Siegfried Lenz von Ida Ehre für die Vorstandsarbeit in der GCJZ HH gewonnen wurde, sich als Gegner der Judenmission engagierte.

Linck würdigt auch die Rolle der Theologin Marianne Timm (1913–1993), die über drei Jahrzehnte im Vorstand der GCJZ HH war und u.a. Reisen für Lehrkräfte und für Schüler/innen nach Israel organisierte. Angesichts der geschilderten

Initiativen ist es kein Zufall, dass die erste internationale Konferenz zum Holocaust auf deutschem Boden 1975 in Hamburg, im Haus Rissen, stattfand.

Die 1975 vom Rat der EKD verabschiedete Studie „Christen und Juden“ wurde, so das Ergebnis der Recherchen von Linck, „bestenfalls zur Kenntnis genommen, weitergehende Diskussionen löste sie nicht aus.“ (S. 218) Die im Januar 1979 ausgestrahlte Fernsehserie ‚Holocaust‘ bewirkte dagegen in der Bundesrepublik – nicht zuletzt in kirchlichen Kreisen – ein ungeheures Echo. Linck sieht auch für den Bereich Nordelbiens Folgen auf zwei Feldern: „Die theologische Diskussion um den christlich-jüdischen Dialog hatte mehr Interessierte und erhielt wichtige Impulse. Und: Die emotionalisierende Rekonstruktion von Verfolgung und Vernichtung weckte konkretes Interesse sowohl an der Geschichte der jüdischen Minderheit und ihrer Verfolgung als auch an der juristischen (Nicht-) Aufarbeitung der NS-Verbrechen.“ (S. 224) Das zeigte sich z.B. im kirchlichen Engagement für die Gedenkstätte am ehemaligen KZ Neuengamme wie in der Gründung des „Nordelbischen Arbeitskreises Christen und Juden“ kurz vor dem Kirchentag 1981 in Hamburg.

Das Thema des dritten Hauptkapitels lautet ‚Der Osten‘ und der *langsame Abschied vom Antikommunismus* (S. 232-352). „Unter der Chiffre ‚Der Osten‘ wird [...] zwei-

erlei verstanden. Zunächst der Umgang mit Ostflüchtlingen und deren Integration sowie das Verhältnis zu den Staaten Osteuropas“ (S. 233). Eingangs zeichnet Linck die Diskussion um die 1965 veröffentlichte Denkschrift der EKD „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen Östlichen Nachbarn“ nach. Die sog. Ostdenkschrift „signalisierte [...] öffentlich den Abschied von der Prädominanz des Nationalprotestantismus. Innerprotestantisch hatte sie daher eine stark polarisierende Wirkung.“ (Claudia Lepp)

Linck zeigt, dass die Denkschrift im nordelbischen Bereich stärker als anderswo polarisierte, weil Exponenten der Gegner in der Schleswig-Holsteinischen bzw. Lübecker Landeskirche ansässig waren. Andererseits ist festzuhalten: „Auch wenn in Schleswig-Holstein Bischöfe und Kirchenleitung die Ostdenkschrift stark kritisierten, war diese Haltung trotzdem nicht in der Landeskirche durchsetzbar.“ (S. 258)

Unter der Überschrift *Kirchliche Gegenströmungen* (S. 260-294) skizziert Linck die Entstehung und Bedeutung der evangelikalen Bewegung für den Bereich der nordelbischen Kirche. Als Exponenten dieser gegen die „moderne Theologie“ gerichteten, oft ins rechte politische Milieu tendierenden Bewegung beschreibt der Autor die „Bekennnisbewegung ‚Kein anderes Evangelium‘“, die „Notgemeinschaft Evangelischer Deut-

scher“ (ENiD), das „Rotbuch Kirche“, die „Kirchliche Sammlung um Bibel und Bekenntnis“, die „Konferenz Bekennder Gemeinschaften“ und den „Informationsdienst der Evangelischen Allianz (idea)“.

Der Itzehoer Pastor Jens Motschmann (*1942) spielte eine zentrale Rolle in der Bewegung; als Mitglied der Nordelbischen Synode und Herausgeber des *Rotbuchs Kirche* (1976) vertrat er militant die These, der Antichrist sei „diesmal von der linken Seite [...] in die Kirche eingedrungen“ (S. 272), auch in die Kirchenleitungen. Wolfgang Baader (1916–1989; in der NS-Zeit V-Mann des Sicherheitsdienstes der SS, s. dazu Linck, *Neue Anfänge?*, Bd. 1, S. 285ff), wurde 1982 Nordelbienkorrespondent des „idea“, aber sein reflexhafter Antikommunismus fand keine breite Resonanz mehr. Insgesamt hatte – so Linck – im demokratischen Diskurs ein Paradigmenwechsel stattgefunden, weg vom Nationalprotestantismus (s. S. 293).

Gleichsam „im Gegenzug“ zu der konservativ-evangelikalen Bewegung „werden am Beispiel der Hamburger Evangelischen Studentengemeinde (ESG) und verschiedener nach 1970 entstandener linksprotestantischer Gruppen die Wechselwirkungen zwischen (kirchen-)politischem Engagement und landeskirchlichen Reaktionen untersucht.“ (S. 236) Der Konflikt um die ESG HH mit ihren unterschiedlichen Arbeitsgruppen kann hier nicht nachgezeichnet werden.

Nur einige von Linck aufgeführte Aspekte und Fakten seien erwähnt:

Die ESG verstand sich als Ort des Dialogs zwischen Christen und Marxisten. Im Martin-Luther-King-Haus der ESG, in dem viele sog. Gastgruppen tagten, vollzog sich 1973/74 auch eine folgenreiche Radikalisierung eines Teils der Hamburger linken Szene. Linck kritisiert, dass sich die ESG von manchen radikalen Äußerungen (z.B. Gleichsetzung der Staatsorgane mit den Repressionsorganen der NS-Zeit) nicht distanzierte (s. S. 304-306), aber er weist auch nach, dass die Konfrontation mit der ESG nach der Fusion der vier Landeskirchen 1977 vom neuen Nordelbischen Kirchenamt in Kiel „wesentlich befördert“ (S. 314) wurde, was 1978 zur Schließung durch die Kirchenleitung, Besetzung durch Sympathisanten der ESG und polizeilichen Räumung des Martin-Luther-King-Hauses führte.

Unter dem Stichwort *Politisierung und Disziplinierung* (S. 319-350) geht es schließlich um *Theologische Kontroversen und Berufsverbote, Verhältnis des Staates zur Kirchlichen Linken, ‚Parteiliche Gemeindearbeit‘, Linkskirchliche Gruppen und das Pfarrergesetz und St. Petri-Besetzung und Amtszuchtverfahren*. Linck beschreibt und analysiert exemplarisch zentrale Konflikte zwischen 1968 und Mitte der 1980er-Jahre, in denen es vor allem um Auseinandersetzungen zwischen „linken“ Pastoren in der

neuen Friedensbewegung und in der Anti-AKW-Bewegung und den Kirchenleitungen ging.

Linck resümiert: „Die Amtszuchtverfahren der 1980er Jahre waren die letzten, in denen auf Konflikte ordnungspolitisch reagiert wurde.“ „Ein gewandeltes Demokratieverständnis hatte sich gegen den Antikommunismus durchgesetzt. [...] Vor allem hatte sich in der Kirche eine Pluralisierung durchgesetzt: Die Vielfalt innerkirchlicher Gruppen wurde zum Bestandteil kirchlichen Selbstverständnisses.“ (S. 352)

Am Ende dieses zweiten Bandes seiner umfangreichen Studie bilanziert der Autor: „Hatte sich der Umgang mit der NS-Vergangenheit in den ersten beiden Dekaden nach 1945 noch sehr verschieden gestaltet, so näherten sich die Deutungen der NS-Zeit ab 1965 in den vier Landeskirchen langsam an.“ (S. 356)

Auch dieser zweite Band beeindruckt durch seinen Reichtum an Fakten und Details und bestätigt die besonderen Stärken regionalgeschichtlicher Forschung. Der Verfasser stützt seine Recherchen und Urteile auf eine Fülle archi-

valischer Quellen. Eine besondere Stärke des Buches besteht darin, dass der Verfasser durch längere Zitate (im Haupttext und in den Anmerkungen) den unterschiedlichen Sichtweisen von Konfliktpartnern (z.B. im Flensburger Denkmalsstreit oder in den Auseinandersetzungen um die ESG Hamburg) Raum gibt und ihnen dadurch gerecht zu werden versucht. (Dass der Verfasser bei der Diskussion seiner Themen in vielen Fällen bewusst exemplarisch vorgeht, bedeutet natürlich auch, dass Kenner der nordelbischen Kirchenszene gelegentlich vielleicht ein anderes Beispiel gewählt oder Namen anderer Akteure genannt hätten.)

Dieser zweite Band enthält ein ausführliches Quellenverzeichnis und Personenregister für beide Bände. Kleine Ungenauigkeiten im Personenregister (z.B.: Bonhoeffer war kein Professor; Lilje war nicht stellv. Landesbischof) und bei den Anmerkungszißern (s. S. 345-347) sollten bei einer zweiten Auflage korrigiert werden. Last, not least: Für den Kauf dieses gebundenen Buches spricht auch der attraktive Preis (24,95 Euro). *Heinrich Grosse*

Aufschlüsse aus der NSDAP-Kartei

Wer war wann (und warum) Mitglied der NSDAP? Für diese – natürlich nicht nur die Regionalgeschichtsforschung beschäftigende – Frage stellen die beiden Mitgliederkarteien

der Partei die zentrale auszuwertende Quelle auf Reichsebene dar. Sie liegen im Bundesarchiv und haben allgemein als ehemaliger Bestand des Berlin Dokument Centers



Jürgen W. Falter (Hg.), *Junge Kämpfer, alte Opportunisten. Die Mitglieder der NSDAP 1919–1945*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 2016. 499 S.

Bekanntheit erlangt. Im Rahmen von Forschungsprojekten haben drei Teams aus Berlin, Mainz und Minnesota mehrere Datensätze erstellt, die zusammen eine auswertbare, größtenteils repräsentative Stichprobe von 48.000 Mitgliedern der NSDAP in der Zeit von 1925 bis 1945 ergeben. Die ersten Ergebnisse der Forschungen zu dieser Stichprobe werden im vorliegenden Aufsatzband präsentiert.

Er teilt sich inhaltlich in vier Abschnitte: theoretische Überlegungen (u.a. zum Forschungsstand), empirische Grundlage (insbesondere Details zur Stichprobenerhebung), erste Untersuchungsergebnisse anhand der Stichprobe (Deutsches Reich) und regionale bzw. lokale

Sonderaspekte (frühe NSDAP-Mitglieder in der Region München, Fragen zu Österreich und anderen „Anschluss“-Gebieten). Um es vorweg zu nehmen: Der Band wendet sich an diejenigen, die historische Statistik in gut lesbarer Form aufbereitet und gleichzeitig Erklärungen zur Methodik haben wollen. Dementsprechend überrascht es nicht, dass der Herausgeber eine Monografie ankündigt (Vorwort, S. 13) die sich der Rezensent als das Äquivalent zu „Hitlers Wähler“ (München 1991) vorstellt.

Der Aufsatzband beginnt einleitend mit der Frage „Wer durfte NSDAP-Mitglied werden und wer musste draußen bleiben?“, die Jürgen Falter beantwortet. Er trägt dazu die Aufnahmeregeln zusammen, klärt über die verschiedenen Phasen der Mitgliedersperren, die gezielte Ausnahmen für bestimmte Gruppen, die Aus- und Wiedereintritte sowie die Parteiausschlüsse auf. Bis zum 1. Mai 1933 durften im Großen und Ganzen alle „Arier“ über 18 Jahren beitreten, was Juden, Sinti und Roma, Farbige und Freimaurer per se ausschloss. Ziel war es, eine zahlenmäßig große und damit auch zahlende und sich ehrenamtlich engagierende Parteibasis zu schaffen.

Dagegen wurden in der Zeit des Nationalsozialismus zahlreiche Regeln aufgestellt, wer wann beitreten oder auch nicht beitreten durfte. So gab es selbst während der bekanntesten Aufnahmesperre

von 1933 bis 1937 mehrere Sonderaktionen, um unterrepräsentierten Gruppen den Eintritt zu ermöglichen. Abschließend fasst Falter die Eintrittsmodalitäten samt Quellen- und Literaturhinweisen in einer Tabelle zusammen (S. 38-39).

Von Jonas Meßner folgt ein Aufsatz, der sich auf der Meta-Ebene mit Modellen beschäftigt, die zur Erklärung von Eintritts- (und Austritts-)motiven herhalten könnten und faktisch auch auf andere Parteien übertragbar sind (S. 40-64). Im Kern folgt er argumentativ einem erweiterten Rational-Choice-Modell, dem General-Incentives-Ansatz, der selektive, kollektiv politische, normative, altruistische, ideologische und expressive Anreize umfasst. Demzufolge schließen sich Menschen in einer Art Kosten-Nutzen-Rechnung Parteien an, weil sie sich etwas von der Mitgliedschaft erwarten, und bleiben in der Partei, wenn sich ihre Erwartungen eher bewahrheiten als nicht. Meßners Analyse ist hilfreich, insbesondere was die Austrittsmotive angeht. Warum weder er noch sonst jemand im Sammelband je die Wahlschlappe vom November 1932 noch die Röhm-Krise im Sommer 1933 in der Analyse für mögliche Gründe von Austritten anspricht, hat sich dem Rezensenten aber nicht erschlossen.

Jürgen Falter analysiert im Anschluss die Motive der NSDAP-Mitgliedschaft vor dem Hintergrund der Theorien, die er auch für seine Wahlforschungen immer wieder

heranzieht, und ergänzt diese um die Generationenthese und das Kosten-Nutzen-Modell (S. 65-87). Fragen zu den Motiven lassen sich aus seiner Sicht nur durch Befragungen bzw. „inhaltsanalytische Auswertung autobiografischer Berichte“ erschließen, wobei Probleme von Standards der Repräsentativität gelöst werden müssen (S. 82).

Falter schließt den ersten Aufsatzblock mit einem Blick auf den Forschungsstand zu den NSDAP-Mitgliedern ab (S. 89-120), wobei er die Phase bis zum Verbot, die Phase bis zur „Machtergreifung“ und die Regimephase jeweils einzeln analysiert. Seine größte Kritik an Studien Dritter zielt auf deren fehlerhafte Vergleiche mit den Berufsstatistiken. Am augenfälligsten wird dies, wenn beispielsweise die Berufe der Mitglieder der NSDAP einfach mit der gesamten Bevölkerung verglichen und damit die unter 18-jährigen Berufstätigen, die gar nicht Mitglied werden durften, einbezogen worden sind. Der Aufsatz endet mit einer Tabelle, die sämtliche bisherigen Primärstudien einschließlich der Stichprobengröße im Überblick darstellt und einen Einblick in die unterschiedlichen Herangehensweisen der Autoren vermittelt (S. 120).

Es folgt ein Abschnitt mit zwei Aufsätzen, die sich mit den empirischen Grundlagen der Stichprobe und dem Gesamtdatenbestand zu den NSDAP-Mitgliedern im Bundesarchiv befassen. Kristine Kha-

chartryan und Jonas Meßner beginnen mit einer eingehenden Beschreibung der beiden NSDAP-Bestände, der Zentral- bzw. Reichskartei und der regional sortierten Gaukartei im Bundesarchiv.

Von der ersteren sind knapp 44 Prozent des Ursprungsbestands überliefert, von der letzteren fast 77 Prozent (S. 127). Da in der Regel Mitgliedsnummern fortlaufend ausgegeben und nicht nochmals vergeben wurden, kann daraus die Gesamtzahl der Parteimitglieder von 1925 bis 1945 geschätzt werden (s.u.). Es folgt die detaillierte Beschreibung der insgesamt fünf verschiedenen (dis-)proportionalen Stichproben (1989/90 und 2012), mit deren Hilfe die Repräsentativität der Analyse über den Zeitverlauf von 1925 bis 1945 sichergestellt werden soll.

Die Gegenüberstellung der beiden Hauptstichproben belegt, dass die Karteien zwar unterschiedlich genau geführt worden sind, doch „die Beschädigung der Gaukartei hinsichtlich der Gaue keinen systematischen Charakter aufweist und folglich die Stichprobe mithin ein repräsentatives Abbild der Grundgesamtheit darstellt.“ (S. 144). Im Anschluss werden „Der Datensatz zu den Mitgliedern der NSDAP 1925–1945“ erläutert (S. 152–176), die 17 einzelnen Variablen, die aus der Mitgliederkartei erhoben werden konnten (u.a. Familienname, Geschlecht, Eintritts/Austritts/Wiedereintrittsdatum, Eintrittsalter,

Beruf/soziale Stellung, Ortsgruppe, Gau) vorgestellt, die Gewichtung der Stichprobe kommentiert und eine Hochrechnung zur Gesamtmitgliederanzahl der NSDAP durchgeführt (S. 176).

Im ersten Aufsatz des III. Abschnitts folgt dementsprechend eine erste Analyse, wie viele Mitglieder die Partei tatsächlich im Deutschen Reich und den „Anschluss“-Gebieten hatte. Unter Berücksichtigung der Daten aus der Stichprobe, die zu Ein-, Aus- und Wiedereintritten Angaben liefern, kommen Falter und Kharchartryan zu Zahlen, die sie jahrgangsweise in einen tabellarischen Überblick einarbeiten (S. 187).

Von den 9.883.106 Männer und Frauen, die irgendwann in der Zeit von 1925 bis 1945 einmal Parteimitglied geworden sind, traten bis zum Ende der NS-Herrschaft knapp 764.000 aus, 200.500 wieder ein, wurden 70.600 ausgeschlossen und verstarben 461.000, so dass 8.787.968 „Nettoparteimitglieder“ zu verzeichnen sind (ebd.).

Kristine Kharchartryan überprüft die These, ob bis 1933 mehrheitlich „Junge Kämpfer“ und nach 1933 „Alte Opportunisten“ in die Partei eingetreten sind. Sie untersucht dafür sechs Phasen der Parteieintritte:

1925 bis September 1930
1930 bis Januar 1933
1933 bis Mai 1933
1933 bis März 1937
1937 bis Februar 1942
und die Phase bis 1945.

Im Kern kann sie die These bestätigen und konstatiert, dass im gesamten Zeitraum 33 Prozent „Junge Kämpfer“, 54 Prozent „Alte Opportunisten“ und 13 Prozent Frauen gewesen sind. Junge Männer kamen häufig aus der Unterschicht, waren überdurchschnittlich oft „Landarbeiter und Facharbeiter in handwerklichen und industriellen Berufen“ (S. 210), stammten aus ländlichen Gemeinden, traten häufiger in den Phasen bis 1933 ein und neigten zu Aus- und Wiedereintritten.

Dagegen waren „Alte Opportunisten“ in der Regel verheiratet, 10 bis 20 Jahre älter, lebten häufig in Großstädten, gehörten den mittleren und oberen Schichten an, waren überdurchschnittlich oft Selbstständige, Angestellte und Beamte und traten eher nach der „Machtergreifung“ in die Partei ein (S. 212f.).

Die Förderung des Eintritts von Frauen führte dann in den letzten Phasen des Regimes zu einem Überhang – auch jüngerer Frauen aus dem BDM – bei den neuen Mitgliedschaften (S. 209, vgl. Tabelle 3, S. 211). Da in dieser Gruppe fast jede vierte Karteikarte unleserliche bzw. fehlende Angaben zu den Berufsbezeichnungen aufweist, sind aus Sicht des Rezensenten auch die gesamten Vergleiche mit dieser Gruppe mit Vorsicht zu betrachten.

Anna Schley analysiert in einem weiteren Beitrag „systematisch quantitativ“ Frauen als Neumitglieder der Partei (S. 297-317). Einleitend

stellt sie die NS-Frauenpolitik und die Rolle der Frauen in der Partei dar, geht aber mit keinem Wort darauf ein, dass Frauen nicht für die Partei kandidieren durften. Im Kern traten Frauen (Eintrittsalter: 21 Jahre) erst nach den Wahlerfolgen 1930 verstärkt in die Partei ein, wobei ihr relativer Anteil bis 1933 nie 11 Prozent für einen bestimmten Jahrgang (1925) überschritt (S. 307).

In der Regel waren die Neumitglieder jünger als 25 Jahre, kamen aus Großstädten sowie evangelischen Gebieten, darunter stark überrepräsentiert Angestellte und Beamtinnen und bis 1933 auch die Hausangestellten (S. 311, S. 314). Da von den circa 1,2 Millionen Neumitgliedern, die Frauen waren, nur eine Stichprobe von knapp 4.400 Fällen gezogen worden ist, empfiehlt die Autorin für qualitativere Aussagen eine weitere frauenspezifische Stichprobenziehung (S. 317).

Alexander Röckl untersucht Zusammenhänge der Neumitgliederstruktur der Partei bis 1933 und den politischen Traditionen (S. 217-243). Als Vergleichskriterien bezieht er die reichsweiten Parteihochburgen der Wahlen von 1920 bis 1924, die Gemeindegröße und den Anteil der Erwerbspersonen an der Land- und Forstwirtschaft ein. Im Kern waren die Parteimitglieder in linken und katholischen Gemeinden unterrepräsentiert und überdurchschnittlich vertreten in den bürgerlich geprägten (S. 236). Während der politische Katholizis-

mus bis 1933 noch eine etwas stärker immunisierende Wirkung gegen den Parteieintritt beförderte als die linke Tradition, kehrte sich das nach 1933 um: Hier blieb die linke Tradition das stärkere Hindernis für den Eintritt (S. 237).

Der Aufsatz wirft viele Fragen auf: Warum versteckt der Autor den wichtigen Verzerrungseffekt „Großstadt“ in einer Fußnote, wenn dessen Berücksichtigung faktisch das Ergebnis umkehrt (S. 233)? Es ist ein Unterschied, ob die linke politische Tradition in den Großstädten die Parteimitgliedschaft stark befördert (S. 234) oder eher die bürgerliche Tradition (S. 233, FN 9). Ebenso fragt man sich, warum trotz statistischer Überlieferung die ländlichen Restbezirke unter 2.000 Einwohnern nicht einbezogen werden konnten?

Hilfreich wäre neben dem Vergleich mit den Wahlergebnissen von 1920 bis 1924 auch die Einbeziehung der Wahl vom 5. März 1933 gewesen. Hier hätten dann auch die NS-Hochburgen berücksichtigt und die zusammengeschmolzenen Hochburgen ihrer Gegner deutlicher als Hemmnis herausgearbeitet werden können.

Zu hinterfragen ist auch die Zuordnung von DVFP, NSFB und VNB zum bürgerlich-protestantischen Block, denn so kann die Frage nach einer eigenständigen völkisch-antisemitischen Tradition und ihren Auswirkungen nicht beantwortet werden (S. 243).

Leider wagt der Autor keinen Vergleich mit der Berufsstatistik von 1925 bzw. 1933, was vermutlich daran liegt, dass Jürgen Falter als Herausgeber noch eine Monografie angekündigt hat.

Evelyn Otto hat die Verteilung der Eintretenden während der beitrtrittsschwachen Jahre der Mitgliedersperre erforscht (S. 245-269). Überprüft werden sollte, ob es der NSDAP gelang, gezielt bestimmte Gruppen aufzunehmen und dadurch die Zusammensetzung der Partei zu verändern (S. 248). Die Autorin vergleicht dazu die Eintretenden nach Wirtschaftszweigen und ihrer Stellung im Beruf mit der altersbereinigten Berufs- und Bevölkerungsstatistik von 1933 bzw. 1939.

Das Problem der absoluten Frauenunterrepräsentanz zu Beginn der NS-Herrschaft wird nur am Rande thematisiert, einen nach Geschlechtern gewichteten Vergleich stellt sie nicht an (S. 253, S. 264). Wenn aber 1933 nur 6 Prozent der neuen NSDAP-Mitglieder Frauen waren (1939: 8 Prozent), sollten aus Sicht des Rezensenten die entsprechenden Statistiken – nach Geschlechtern differenziert – eigenständig mit der Berufsstatistik verglichen werden (S. 254, S. 262f.); erst dann sind tatsächliche quantitative und qualitative Vergleiche möglich.

Jonas Meßner untersucht die „Austritte aus der NSDAP 1925 bis 1945“ (S. 271-295). „In absoluten Zahlen gerechnet bewegen sich die Austritte in der Frühphase der

Partei (1925–1929) auf vergleichsweise niedrigem Niveau, steigen ab 1930 jedoch sprunghaft an“ und erreichen 1934 mit 125.000 den absoluten Höhepunkt (S. 272). In der Regel fanden die Austritte nach nur einem bis drei Jahren der Mitgliedschaft statt (S. 275), wobei i.d.R. die Austrittshäufigkeit zunahm, je früher das Eintrittsjahr des Parteigenossen lag (1925 bzw. 1933: 69 bzw. 17 Prozent).

Gleichzeitig traten bis 1933 über ein Drittel der Ausgetretenen aus opportunistischen Gründen, so die Vermutung des Autors, wieder in die Partei ein (S. 278f.). Mithilfe eines Vergleichs mit der Berufsstatistik werden anschließend Thesen zu den Gründen der Aus- und Wiedereintritte aufgestellt, wobei auch hier wieder das Problem der mangelnden Gewichtung nach Geschlechtern außer Acht gelassen wird.

Plausibel sind die Ergebnisse trotzdem, denn Meßner vermutet materielle Gründe und den sozialen Druck vor Ort als Austrittsmotive (u.a. S. 289). Für die Region, zu der auch Schleswig-Holstein zählt, konstatiert der Autor zudem die schwächsten Austrittszahlen bis 1929 (S. 291).

Auf die sechs weiteren Aufsätze des Bandes zu den Regionen und „Anschluss“-Gebieten soll hier nicht näher eingegangen werden, weil diese für Schleswig-Holstein eher weniger von Interesse sind (S. 319-462).

Fazit

Kritisch angemerkt sei, dass Herausgeber Falter, der seine Methoden gerne zum Goldstandard der empirischen historischen Forschung erhebt, selbst methodische Schwächen offenbart bzw. zulässt. So ist dem Rezensenten nicht plausibel, warum die bis 1933 faktische Männerpartei NSDAP trotzdem mit einer zwar altersbereinigten, aber nicht geschlechterbereinigten Berufsstatistik verglichen wird.

Wenn beispielsweise von knapp 2,93 Millionen kumulierten Neueintritten bis 1933 nur knapp 180.000 (= 5,8 %) Frauen waren, dann verzerrt eine nicht-geschlechterbereinigte Statistik den Vergleichswert bei allen Berufsgruppen sehr stark.

Ob eine geschlechterdifferenzierte Vergleichsstatistik dann tatsächlich den Beleg eines relativ hohen Anteils an Arbeitern innerhalb der Parteimitglieder erbringen wird, muss sich noch zeigen. Falter jedenfalls scheint auch dies wieder unbedingt beweisen zu wollen, eine Art Obsession von ihm, die sich auch in seinen anderen Publikationen zur Wahlforschung immer wieder Bahn bricht.

Nichtsdestotrotz sei dieser Aufsatzband Jürgen Falters allen an Statistik und Methodik interessierten LeserInnen ans Herz gelegt, die anderen sollten die angekündigte Monografie abwarten.

Frank Omland

Was eine Chronik verschweigt

Der Titel der in Rede stehenden Chronik lässt auch neue Erkenntnisse zur NS-Geschichte der in Glückstadt stationierten Einheiten erwarten – wurde die Kaserne doch 1936 gegründet. Das Hardcover im Quartformat mit Lesebändchen ist



Ralf Zielinski, Die Geschichte der Marinekaserne Glückstadt und der in ihr beheimateten Truppenteile von 1936 bis 2004. München 2016. 202 S. (ISBN 978-3-00-053699-1). Das Buch kann beim Autor Ralf Zielinski bestellt werden: zielinskizille2@t-online.de (24,90 Euro)

professionell gemacht und mit gut 370 Fotos auf 202 Seiten überaus reichhaltig illustriert. Doch der Autor Ralf Zielinski, gelernter Elektroinstallateur und heute als Fregattenkapitän Leiter des Schulstabs und Stabsoffizier an der Marineunteroffiziersschule (MUS) Plön, betont im

Vorwort, dass die Chronik „keine wissenschaftliche Ausarbeitung, sondern eine chronologische Auflistung von Ereignissen und persönlichen Erinnerungen sein“ soll.

Knapp ein Viertel der Publikation ist dem Bau der Kasernenanlage in der Glückstädter Straße Am Neuendeich – damals Admiral-Scheer-Straße – ab 1935 und in den Jahren bis 1945 gewidmet, darunter gibt es mehrere Seiten zu Fresken und bleiverglasten Fenstermotiven des in Glückstadt gestorbenen Malers Hermann Wehrmann (1897–1977). Das Zentrum des Unteroffiziersviertels der Kaserne zierte eine Adlerskulptur des Bildhauers Karl August Ohrt (1902–1993). Erstaunlich insofern, was Zielinski jedoch nicht erwähnt, als die Nationalsozialisten Teile des Ohrt'schen Bildhauerei-Werkes schon vorher als „entartet“ bewertet hatten: Seine Figurengruppe ‚Tanzende Mädchen‘ war – heißt es bei Wikipedia – schon 1935 aus dem Hamburger Stadtpark entfernt, seine Gruppe ‚Tanzendes Bauernpaar‘ sogar zerstört worden.

Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg

Während des Spanischen Bürgerkriegs nahm eine ganze Reihe Soldaten der in Glückstadt stationierten 14. Schiffsstammabteilung „an den Kampfhandlungen zu Lande



und zur See teil.“ Nach Ende des Krieges in Spanien wurden insgesamt 16 Angehörige der 14. S. St. A. mit dem Spanienkreuz in Bronze ausgezeichnet, Bootsmannsmaat Kadura erhielt die Auszeichnung in Silber und Bootsmannsmaat Diebold zum Spanienkreuz in Bronze die spanische Kriegsmedaille. Der Autor verzichtet jedoch darauf, auf die Aktivitäten der Glückstädter in diesem umstrittenen Krieg auf der Iberischen Halbinsel näher einzugehen: Wofür erhielten die Soldaten ihre Orden? Eine Abbildung zeigt Angehörige der 14. S. St. A., die vom Elbdeich auf Höhe der Störmündung die am 31. Mai 1939 aus Spanien zurückkehrende Flotte begrüßen: In Hamburg wurde die „Legion Condor“ am selben Tag mit einer Ehrenparade empfangen. Während des Zweiten Weltkriegs wurde die 14. S. St. A. im September 1940 zunächst ins niederländische Brede verlegt, um an der dann abgesagten „Operation

Seelöwe“ – der geplanten Invasion Großbritanniens – teilzunehmen. Vier Jahre später war die Abteilung im Zuge der Alliierten-Operation „Market Garden“ bei der Schlacht um Arnheim eingesetzt. Auch hier die Frage: Was tat die 14. S. St. A. in jenen vier Kriegsjahren?

Schwere Verluste im Frühjahr 1945

Ab Februar 1945 diente die Marinekaserne Glückstadt der 2. Marine-Infanterie-Division unter Kommandeur Vizeadmiral Ernst Scheurlen († 1945). Das Schicksal der bei schweren und verlustreichen Abwehrkämpfen in Niedersachsen eingesetzten Division zeigt, wie viele Menschenleben ein vorfristiges Kriegsende auch noch in den letzten Kriegsmonaten geschont hätte: Von den ursprünglich fast 13.000 Männern waren am 21. April nach zwei Wochen schwerer Kämpfe nur noch 3.000 am Leben. Nachdem sich die

Überlebenden aus dem Raum Cuxhaven am 28. April 1945 über die Elbe nach Brunsbüttel und Meldorf zurückgezogen hatten, zählte die Division bei ihrer Neugliederung in Itzehoe noch etwa 750 Offiziere und Mannschaften. Nach der Kapitulation Anfang Mai 1945 wurden sie entlassen bzw. kamen in britische Gefangenschaft und wurden im Internierungsraum Eiderstedt interniert.

Was waren die Glückstädter Militärs vor 1945?

Die Kaserne diente nach kurzer Nutzung durch die Briten bis 1950 als Quartier für ehemalige Zwangsarbeiter – Displaced Persons (DPs) insbesondere aus Polen. Von Sommer 1951 bis 1956 war der Komplex Standort der Grenzschutzabteilung West II des 1951 als Sonderpolizei neu gegründeten Bundesgrenz-

schutzes, bevor die Kaserne von 1956 bis zu ihrer Schließung im Jahre 2004 von der Bundesmarine belegt wurde. Angesichts der umfassenden Namensnennungen der Kommandierenden ist die Versuchung groß, die NS-Vergangenheit dieser Offiziere zu beleuchten – eine Aufgabe, die sich der Autor nicht gestellt hat. Das könnte etwa lohnenswert sein bei Willy Langkeit (1907–1969), als Oberstleutnant Gruppenkommandeur im BGS, der das Panzerregiment der Division Großdeutschland von März 1943 bis Oktober 1944 geführt hatte.

Ein Manko des besonders auf Illustrationen setzenden Buches: Die Bildwiedergabe vor allem der historischen Motive ist durchgehend nicht optimal, das heißt zu pixelig, wenn auch insgesamt akzeptabel und hinreichend, um einen Eindruck des Dargestellten zu vermitteln.

Björn Marnau

Herausragende Vermittlungsinitiative

Borstorf und Kittlitz, Kogel und Rothenbek, Wangelau und Wierhop: Diese Orte verbindet nicht nur der Umstand, dass sie im Kreis Herzogtum Lauenburg liegen. Für sie ist jeweils belegt, dass dort lebende Menschen nach den „rassehygienischen“ Gesetzen der Nationalsozialisten verfolgt und in fast allen Fällen unfruchtbar gemacht wurden.

Die Vernichtung „lebensunwerten Lebens“ und die Unfrucht-

barmachung von Menschen mit vermeintlichen Erbkrankheiten, Behinderungen oder Einschränkungen gehört zu den dunkelsten Kapiteln der NS-Zeit. Vielfach unbekannt ist, dass das Regime bis hinab auf die lokale Ebene Zwangsmaßnahmen zur Umsetzung seiner „rassehygienischen“ Ziele einsetzte. „Auffällige“ Menschen wurden denunziert, Amtsärzte und Erbgesundheitsgerichte entschieden über deren Unfrucht-

barmachung, in der Region bekannte und oft angesehene Ärzte nahmen die Eingriffe vor, um „erbkranken“ Nachwuchs zu verhindern. Aber tausende von Fällen haben in Akten und Archiven ihre papiernen Spuren hinterlassen.

So auch im Kreis Herzogtum Lauenburg. Im Ratzeburger Aktenbestand stieß die inzwischen im Ruhestand befindliche Archivarin Cordula Bornefeld auf 427 Fälle von Menschen, die Opfer des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ und des „Gesetzes zum Schutz der Erbgesundheit des deutschen Volkes“ wurden: Behinderte, psychisch Kranke, Gehörlose, Alkoholiker, sozial Randständige und auffällige Männer und Frauen, viele in jungem Alter. Mit der vorliegenden Dokumentation – Bornefeld stellt mit aller nötigen Sensibilität 47 subjektiv ausgewählte, aber trotzdem exemplarische Fälle vor – leistet sie einen herausragenden Beitrag zur Aufklärung und Bewusstseinsbildung.¹ Die ausgewählten Beispiele zeigen das engmaschige System zur Aufspürung und Erfassung der Opfer (beispielsweise mussten Standesämter auffällige Personen melden, die ein Aufgebot bestellten; Ehefähigkeit und Ehegesundheit mussten dann überprüft werden), lässt aber auch die Folgen der weitreichenden Eingriffe – körperlich, psychisch, sozial – für die

Betroffenen ahnen.

Bei aller Gründlichkeit der Bearbeiterin – besonders betont werden muss der stets gewährte Opferschutz – ist nicht kühl distanzierte Wissenschaftlichkeit das Ziel. Die geschilderten Fälle berühren den Leser auch nach den vielen seither vergangenen Jahrzehnten ganz unmittelbar. Durch ausführliche Zitate aus den Akten erreicht Bornefeld eine wirkungsvolle Authentizität, ohne moralisierende Kommentare einfließen zu lassen.

So erschreckend es ist, wie bereitwillig die Vorgaben der alle Menschlichkeit negierenden Gesetze befolgt und deren Umsetzung unterstützt wurde, so wichtig ist zu sehen, dass sich in einzelnen Fällen dank hartnäckigem Widerstand der Betroffenen bzw. deren Angehöriger die angeordneten Maßnahmen vermeiden ließen.

Cordula Bornefelds wichtige Dokumentation zeigt zudem, wie wirksam Archive das zu verwaltende Archivgut Interessierten zugänglich machen können: Sie steht als Download bereit. *Kay Dohnke*

Cordula Bornefeld (Hg.), *Leid, das man lieber verschweigt. Misshandelt, entwürdigt, stigmatisiert. Zwangssterilisierungen im Kreis Herzogtum Lauenburg. Eine Dokumentation.* Ratzeburg: Kreisarchiv 2016. 129 S., 17 Bl. Dokumentenanhang. 8 Euro
Download: www.kreis-rz.de/kreisarchiv

1. siehe auch Cordula Bornefeld, Zwangssterilisationen im Kreis Herzogtum Lauenburg. Ein Beitrag des Kreisarchivs Ratzeburg zur Aufarbeitung der regionalen NS-Geschichte. In: *Lauenburgische Heimat* 202 (2016), S. 86-91.

„... die Welt wird sich nie ein richtiges Bild von diesem Grauen machen können“

Der US-Historiker Henry Greenspan schrieb im Jahre 2011, dass seit 1944 mindestens 100.000 Überlebendenberichte in vielen Sprachen gesammelt worden seien.¹ Einer davon ist der Bericht der 1921 in Stettin geborenen „Halbjüdin“ Käte Frieß, Tochter des deutsch-jüdischen Lehrers Bruno Solms und seiner evangelisch geprägten Frau Helene, geb. Haupt.

Für die regionalhistorische NS-Forschung in Schleswig-Holstein sind die im Juni/Juli 1945 – also sehr kurz nach Kriegsende und ihrer Evakuierung durch das Rote Kreuz – in Schweden verfassten Aufzeichnungen in dreierlei Hinsicht interessant. Zum einen beschreibt Käte Frieß die NS-Lager und Massensterbe im Raum Riga, die im allgemeinen Bewusstsein vergleichsweise schwach präsent sein dürften. Doch zahlreiche jüdische Menschen aus ganz Deutschland, auch aus Norddeutschland, sind im Spätherbst 1941 dorthin deportiert worden. Zum anderen wurde Käte Frieß im Februar 1945 zusammen mit ihrem Ehemann Georg Frieß aus dem Osten ins Polizeigefängnis Hamburg-Fuhlsbüttel „evakuiert“ und von dort auf einem Todesmarsch in das „Arbeitserziehungslager Nordmark“

in Kiel-Russee getrieben, wo Käte Frieß am 1./2. Mai 1945 im Rahmen der Aktion der Weißen Busse befreit wurde. Und schließlich liefert diese kommentierte Quellenedition der Berliner Historikerin Christin Sadow M.A., wissenschaftliche Volontärin an der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, in puncto Ausführlichkeit und Sorgfalt wertvolle methodische Hinweise.

Käte Frieß wird im November 1941 mit ihrem Mann Georg von Nürnberg nach Riga deportiert. Sie gehören zu den etwa 20.000 deutschen, österreichischen und tschechischen Juden, die zwischen dem 10. Dezember 1941 und dem 6. Februar 1942 mit 15 Transporten die lettische Hauptstadt erreichen. Die meisten überleben die NS-Zeit nicht. Zum Vergleich: Nach Auschwitz – gleichsam ein Synonym für Shoah und NS-Herrschaft – werden nach Schätzungen von Joachim Neander auf direktem oder indirektem Weg 67.000 deutsche Juden deportiert.²

Käte Frieß gehört zu jenen meist jüngeren Überlebenden, von denen eine ganze Anzahl Erinnerungen an die Lager im Raum Riga verfasst hat. Nach den schon 1984 veröffentlichten Memoiren von Hilde Sherman³ sind das beispielsweise die herausra-

1. Henry Greenspan, *Survivors' Accounts*. In: Peter Hayes/John K. Roth (Ed.), *The Oxford Handbook of Holocaust Studies*. Oxford 2011, S. 414.

2. Vgl. Beate Meyer (Hg.), *Deutsche Jüdinnen und Juden in Ghettos und Lagern (1941–1945)*. Łódź. Chełmno. Minsk. Riga. Auschwitz. Theresienstadt. Berlin 2016, S. 171.

3. Hilde Sherman, *Zwischen Tag und Dunkel. Mädchenjahre im Ghetto*. Frankfurt am Main/Berlin 1984.

gende Arbeit der Wienerin Prof. Dr. Gertrude Schneider (*1928), aber auch die erst vor wenigen Jahren im Hamburger VSA-Verlag editierten Berichte der Hamburgerin Fanny Englard (*1925) und der Kölnerin Lilly Menczel (*1925) sowie die im Hartung-Gorre Verlag erschienenen Erinnerungen von Gerda Rose aus Sehnde (*1920) und dem Letten Arkadius Scheinker (*1921).⁴

Käte Frieß überlebt die Massenerschießungen kurz nach ihrer Ankunft 1941 in Riga und bleibt zunächst als Zwangsarbeiterin 17 Monate lang in dem Gutsbetrieb Jungfernhof. Die Hamburger Historikerin Beate Meyer stuft Käte Frieß' Schrift – zu jenem Zeitpunkt noch unpubliziert – als „die umfassendste Darstellung zum Leben auf dem Jungfernhof“ ein.⁵

Auf dem Jungfernhof erlebt die junge Frau auch den Hamburger Oberrabbiner Dr. Joseph Carlebach, wohl einer der prominentesten Norddeutschen im Lager: „An diesem Abend redete noch Oberrabbiner Dr. C., der ein selten kluger und feiner Mensch war.“ (S. 43) Der mit seiner Frau und vierein seiner neun Kinder nach Riga deportierte Rabbiner wird am 26. März 1942 im Rahmen der „Aktion Dünamünde“ zusammen mit 1.800 bis 2.000 weiteren Menschen im Wald von Bikerneki erschossen.

4. Gertrude Schneider, Reise in den Tod. Deutsche Juden in Riga 1941–1944. Berlin 2006. – Fanny Englard, Vom Waisenhaus zum Jungfernhof. Hamburg 2009. – Lilly Menczel, Vom Rhein nach Riga. Hamburg 2012. – Gerda Rose, Eine Sehnder Jüdin kommt zurück. Konstanz 2016. – Arkadius Scheinker, Schoah in Riga. Hg. v. Erhard Roy Wiehn. Konstanz 2009.
5. Vgl. Meyer (2017), S. 132, Fn. 8.



Christin Sandow (Hg.)

»Schießen Sie mich nieder!«

Käte Frieß' Aufzeichnungen über KZ und Zwangsarbeit von 1941 bis 1945

Lukas Verlag

Christin Sandow (Hg.), „Schießen Sie mich nieder!“ Käte Frieß' Aufzeichnungen über KZ und Zwangsarbeit von 1941 bis 1945. Berlin: Lukas Verlag 2017. 234 S.

Im April 1943 kommt die jetzt 22-jährige Käte Frieß ins Ghetto Riga und arbeitet in verschiedenen Außenkommandos. Im Februar 1945 wird sie Richtung Westen „evakuiert“.

Auf etwa 17 Seiten beschreibt Käte Frieß jene letzten zweieinhalb Kriegsmomente, die sie in Norddeutschland durchleidet: Am 25. Februar 1945 wird sie ins Polizeigefängnis Fuhlsbüttel eingeliefert, am 11. April beginnt ein viertägiger Fußmarsch ins Arbeitserziehungslager Nordmark in Kiel-Russee, wo

sie vom 15. April bis 1. Mai inhaftiert ist. An jenem Tag können dänische Rot-Kreuz-Mitarbeiter einen Teil der Häftlinge mitnehmen.⁶

Für all jene, die mit der Geschichte der NS-Vernichtungsmaschinerie nicht en detail vertraut sind, erstaunt die Bedeutung, die der Marsch von Fuhlsbüttel nach Kiel und in das AEL Nordmark für eine jüdische Gefangene besitzen, die zuvor fast dreieinhalb Jahre lang ein breites Spektrum an Grausamkeiten und Leid in den Lagern des Ostens erlebt hat. Doch jene letzten Wochen waren der Kulminationspunkt des mehrjährigen Leidensweges. „Ich schleppte mich vorwärts und war immer dicht dran, zu dem SS-Mann zu gehen und ihn zu bitten: ‚Schießen Sie mich nieder! Ich kann nicht mehr.‘“ (S. 123)

Zum Vergleich: Während ihrer landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Zwangsarbeit auf dem Jungfernhof bei Riga schreibt sie: „Die Kartoffelernte, Heuernte, das Dreschen, das Gemüseernten, die Gärtnerarbeit, das Tomatensetzen, den Obstbau, alles, alles habe ich lernen müssen. Und ich müsste lügen, wollte ich sagen, dass es nicht auch oft wunderschön gewesen ist. Wenn es nicht unerträglich heiß war, war es eine Freude, in der Sonne zu arbeiten und die ersten Kohlrabi aus der Erde zu klauben. Wie gern hab ich Kartoffeln gehackt, wie gern vor dem Herrenhaus den Garten in Ordnung gebracht.“ (S. 49)

Oder: „Als wir den letzten Morgen auf dem Appellplatz angetreten waren, um ins Ghetto zu marschieren, war mir doch angst und weh. Ich schämt mich nicht einmal, dass mir die Tränen kamen, denn in den anderthalb Jahren war mir der Jungfernhof doch ein Stück Heimat geworden, und ich hing an ihm.“ (S. 54)

Allerdings ist es auch ihr Ehemann „Gori“, dessen Gemeinschaft ihr jahrelang seelische Stärke verleiht – von dem sie jedoch im Februar 1945 getrennt wird. Drei Monate nach ihrer Befreiung erfährt Käte Frieß, dass ihr Mann im März 1945 in Bergen-Belsen an Typhus gestorben war. Sie schreibt: „Die Menschen sind in Bergen-Belsen erbarmungslos dahingesiecht. Die SS hat dieses Pestlager nie betreten und mied es in weitem Bogen. Wozu brauchte man also noch Massensterben? Wozu noch Erschießungen? Ich verstehe das nicht! Da ich auch das KZ in Kiel miterleben musste, kann ich mir Bergen-Belsen voll und ganz vorstellen, aber die Welt wird sich nie ein richtiges Bild von diesem Grauen machen können.“ (S. 103)

Die Erinnerungen von Käte Frieß, die gut die Hälfte des Buches umfassen, ergänzt die Autorin Christin Sandow durch eine dreigeteilte Einordnung der Quelle: Auf 20 Seiten skizziert sie die Familiengeschichte des Ehepaares Frieß, auf weiteren jeweils rund 30 Seiten beschreibt sie zum einen den historischen Kontext und liefert zum

6. Vgl. ISHZ 56 (2015), S. 102-137.

anderen abschließend eine kommunikative Analyse des Berichts.

Der Abriss des historischen Rahmens krankt daran, dass direkte Bezüge zur Quelle nahezu fehlen. Notwendig ist diese auf Grundlage des Forschungsstandes des Jahres 2016 geschriebene Kontextualisierung jedoch, weil Käte Frieß 1945 selbstverständlich noch der Überblick über das Geschehene fehlte.

Die zum Geschehen in Norddeutschland gelieferten Hintergrundinformationen basieren auf Publikationen, die dem regionalhistorischen Insider bekannt sein dürften, vor allem von Fritz Brinkmann, Detlef Korte, Uwe Fentsahm und Gerhard Paul.⁷ Die abschließende „kommunikative Analyse“ ist germanistisch geprägt, aber auch soziologisch-psychologisch beeinflusst.

Christin Sandow stuft Käte Frieß' Erinnerungsbericht als „eher untypisches Ego-Dokument von KZ-Literatur“ ein, da die von ihr geschilderte „Vergangenheit reich an guten und schlechten Erfahrungen gewesen sei“ (S. 226). Zu dieser Sonderstellung trage aber auch „der private Charakter der Tagebucheinträge bei, der es Frieß erlaubt hat, als unter den Mitgefangenen vielleicht unpopulär geltende Ansichten und hochgradig emotionale Formulierungen zu verarbeiten und gleichzeitig in einigen Abschnitten

die Täter direkt anzusprechen.“

Insgesamt ist dieser kritisch kommentierten Quellenedition für ihre umfassende und sorgfältige Durchdringung des Kerndokumentes großes Lob zu zollen. Unpraktikabel ist aber zweierlei: das Fehlen eines Registers und die offenbar schon von Käte Frieß vorgenommene Anonymisierung sowohl der Täter als auch der Opfer. Obgleich Christin Sandow die Initialen weitgehend entschlüsseln konnte – es fehlen nur etwa 14 Personen –, ist störend, dass die Akteure nach einmaliger Identifizierung im folgenden Text weiterhin nur abgekürzt Erwähnung finden und damit letztendlich wieder in der Anonymität verschwinden.

Der Umbruch des neu gesetzten Erinnerungsberichtes folgt im Übrigen nicht den Manuskriptseiten, die leider im Neusatz auch nicht kenntlich gemacht worden sind.

Für die schleswig-holsteinische Regionalforschung dürfte eine Information aufschlussreich sein, die Sandow aufgrund eines Schreibfehlers unterschlägt: Der wiederholt von Käte Frieß erwähnte Kommandant des Lagers Jungfernhof, Rudolf Seck – „Das Niederknallen war für ihn etwas Alltägliches“ (S. 29) –, wurde 1908 in Bunsöh, nicht Brunsoh (S. 29, Fn. 21), geboren, war Dithmarscher und starb 1974 in Flensburg. *Björn Marnau*

7. Fritz Bringmann, „Arbeitserziehungslager Nordmark“. Kiel 1982. – Detlef Korte, „Erziehung“ ins Massengrab. Die Geschichte des Arbeitserziehungslagers Nordmark Kiel-Russee 1944–1945. Kiel 1991. – Uwe Fentsahm, Der „Evakuierungsmarsch“ von Hamburg-Fuhlsbüttel nach Kiel-Hassee (12.–15. April 1945). In: ISHZ 44 (2004), S. 67–105. – Gerhard Paul, „Landunter!“ Schleswig-Holstein und das Hakenkreuz. Münster 2001.

Rückblick im Fortschritt

Die nationalsozialistischen Bücherverbrennungen im Mai 1933 sind eine zentrale kulturelle Bruchlinie. War die Unterdrückung und Verfolgung unliebsamer Autoren, Journalisten und Intellektueller vorher eher im Verborgenen, in individuellen Übergriffen erfolgt, schlug die Situation nun in einen Akt umfassender Barbarei um, der öffentlich und vor Publikum vollzogen wurde. Die neuen Machthaber ließen Bibliotheken plündern und demonstrierten damit das Ende jeglicher Toleranz – zu einer angemessenen Auseinandersetzung mit demokratischen, liberalen, emanzipatorischen, sozialistischen oder kommunistischen Ideen waren sie ohnehin noch nie Willens oder überhaupt in der Lage gewesen. Die Verdrängung zu Feinden des Volkes deklarierter Denker wurde in ritualisierten „Feuersprüchen“ mit einem kultischen Firnis überzogen. Wie bei den Hexenverbrennungen im Mittelalter standen dummdreist glotzende oder entsetzt starrende Bürger um das grausame Schauspiel herum.

Schon seit vielen Jahren ist der Jahrestag der Bücherverbrennungen bundesweit Anlass, mittels Lesungen an jene Werke und Verfasser zu erinnern, die von den NS-Machthabern aus dem Kanon deutscher und humanistischer Kultur getilgt werden sollten. Das ist ein so ehrbarer wie notwendiger Versuch, die erfolgten

nationalen und persönlichen Brüche zu benennen und ansatzweise zu reparieren. Auch wurden Werke der „verbrannten Autoren“ nachgedruckt. Doch es ist – wie bei vielen kalendarisch angestoßenen Gedenkexerzitien – die Engführung auf die bekanntesten Betroffenen der NS-Verfolgung kaum vermeidbar. Verbrannte Bücher, verbrannte Autoren: Da denkt man an Ossietzky, Tucholsky, Heinrich Mann und Sigmund Freud – die weniger prominenten Literaten bleiben oft im Dunklen, wohin die Nazis sie im Schein der Scheiterhaufen gestoßen haben.

Doch immer wieder gelingt es, die betroffenen Autoren, Schreiber, Denker aus dem Vergessen herauszuholen – da es nachhaltig angelegte Prozesse gibt, zu recherchieren, zu sammeln und zu zeigen. Ein herausragendes Beispiel, den Verbrechen des Nazis bis heute und gerade noch einmal heute etwas entgegenzusetzen, ist die Ausstellung *„Wo man Bücher verbrennt ...“* Wilfried Weinke, der sich als Historiker und Erforscher regionaler Kultur- und Stadtgeschichte seit langem verdient gemacht hat¹, hat sich seit Jahrzehnten auf die Spuren der Betroffenen gemacht und eine eindrucksvolle Sammlung von literarischen, journalistischen und philosophischen Werken, biografischen

1. Ursel Wamser / Wilfried Weinke (Hg.), *Ehemals in Hamburg zu Hause: Jüdisches Leben am Grindel*. Hamburg: VSA-Verlag 1991. 247 S. Vollständig überarbeitete und erweiterte Neuausgabe unter dem Titel *Eine verschwundene Welt*. Springe: zu Klampen! 2006. 360 S.



Dokumenten sowie Zeugnissen der Wirkungen zusammengetragen, die den Grundstock seiner 2013 und erneut 2015 in erweiterter Form in Hamburg gezeigten Ausstellung bildet. Nun legt er einen großformatigen Katalog der Schau vor, der gleich aus mehreren Gründen Beachtung verdient.

Weinke nimmt die eigentlichen Bücherverbrennungen als Symbol für die Verfolgung und spricht bewusst auch von verbannten Autoren. In seiner Schau geht er daher auch auf Autorinnen und Autoren ein, deren Werke nicht unmittelbar den Nazi-Feuern zum Fraß vorgeworfen wurden, sondern im übertragenen Sinn – deren Schaffen auch auf andere Weise gestoppt, zerstört oder doch für eine sehr lange Zeit grundlegend gestört wurde.

Die in höchst ansprechendem Layout gezeigten Werke können nur ansatzweise auf die dahinterstehenden Biografien verweisen.

Denn die NS-Verfolgung hatte für die Betroffenen unterschiedlichste Folgen: Carl von Ossietzky starb im KZ, Kurt Enoch wurde in den USA



Uwe Franzen / Wilfried Weinke (Hg.), „Wo man Bücher verbrennt ...“ Verbrannte Bücher, verbannte und ermordete Autoren Hamburgs. Hamburg: Eigenverlag 2017. 234 S. 29,80 Euro. ISBN 978-3-00-056388-1



Präsident von Penguin Books, die Bestseller-Autorin Alice Ekert-Rotholz geriet in Vergessenheit, Max Ludwig Berges lebte bis zu seinem Freitod 1973 als Packer und Lagerverwalter in Kalifornien, Hans A. Reyersbachs Kinderbuch *Curious George* wurde viele Millionen Mal gedruckt.

Weinke öffnet die biografischen Horizonte und verdeutlicht so, dass die nationale Bruchlinie sich individuell vielfach verheerend als persönliche Bruchlinie ausgewirkt hat, auch wenn die Autoren äußerlich vielleicht erfolgreich waren. Diskriminierung, Verhaftung, Vertreibung und das Verschwinden des Werkes bedeutete gleichsam eine Entpersönlichung der Schriftsteller. Sie wurden herauskatapultiert aus der eigenen Sprache und Kultur und standen vor der Notwendigkeit, sich nach oft langer und lange perspektivloser Flucht bar jeglichen kulturellen und sozialen Kapitals

des Schriftstellers oder Journalisten einen Neuanfang zu schaffen. Neuanfang, das war oft ein Anfang bei null, da die Autorinnen und Autoren sich in den zuerst Gast- und später oft neuen Heimatländern nicht mehr ihres vertrauten Instrumentariums – ihrer Sprache – bedienen konnten.

So knapp die gegebenen biografischen Abrisse und Skizzen notwendigerweise auch bleiben mussten (das Buch ist ein Ausstellungskatalog!), vermag Weinke es doch, Empathie des Lesers für die Verfolgten zu wecken. Und seine eigene Empathie – der Autor zieht sich nicht auf „wissenschaftliche“ oder journalistische Pseudo-Objektivität zurück – wird dem Leser Seite für Seite offenkundig: Sehr viele Exponate stammen aus Weinkes eigener Sammlung, und die kann nur ausdauernd und akribisch zusammentragen, wer sich seiner Sache und damit den dahinterstehenden



Menschen tief verbunden fühlt.

Zum wiederholten Mal zeigt Weinke auf, wie reich noch heute die Funde historischer Forschung sein können, wenn Themen nur hartnäckig genug verfolgt werden.² Und er macht auf sehr positive Weise bewusst, dass Forschung eigentlich nie ihr Ziel erreichen kann: alles zu ergründen. So gelingt ihm ein Musterbeispiel einer Publikation, die auf mehreren Ebenen hervorragend funktioniert: als anregendes Lesebuch, als fundierter Katalog, als neue Etappe historischer Forschung, als Beispiel gelungener Vermittlung von Inhalten – und nicht zuletzt als Ansporn, auch andere Themenbereiche nachhaltig weiterzuarbeiten.

Eigentlich müßig zu erwähnen, weil leider für die wissenschaftlich orientierte Publizistik typisch, ist

der Umstand, dass Ausstellung wie Katalog maßgeblich die Initiative eines Einzelnen ist und kein Produkt einer Institution oder öffentlichen Einrichtung. Und offenbar war kein Verlag bereit oder wirtschaftlich in der Lage, den Band zur Ausstellung herauszubringen – so wurde der Katalog im Eigenverlag publiziert. Bemerkenswert und fraglos ein Zeichen fruchtbarer Team-Arbeit: Der Band trägt den Namen des Layouters und Ausstellungsgestalters Uwe Franzen gleichrangig in der Autorenzeile.

Wilfried Weinke betont, sein Band stelle „noch keinen Schlusspunkt in der Erforschung und Würdigung der Lebenswege derjenigen dar, die diese Stadt nach 1933 verlassen mussten“ (S. 4). Man darf auf seine nächsten Publikationen gespannt sein.

Kay Dohnke

2. So z.B. Wilfried Weinke, Verdrängt, vertrieben, aber nicht vergessen. Die Fotografen Emil Bieber, Max Halberstadt, Erich Kasten, Kurt Schallenberg. Weingarten: Kunstverlag Weingarten 2003. 303 S.; ders. „Ich werde vielleicht später einmal Einfluß zu gewinnen suchen ...“ Der Schriftsteller und Journalist Heinz Liepmann (1905–1966). Göttingen: V & R unipress 2017.